

INDIANA DEPARTMENT OF EDUCATION HINWEIS ZU VERFAHRENSSCHUTZMASSNAHMEN

Als Elternteil eines Kindes, das eine Behinderung hat oder haben könnte, gewähren Ihnen die Bundes- und Landesgesetze bestimmte Rechte – sogenannte Verfahrensgarantien. Wenn Sie eine ausführlichere Erläuterung dieser Rechte wünschen, wenden Sie sich bitte an den Schulleiter der Schule Ihres Kindes, einen Schulverwalter, Ihren örtlichen Sonderschuldirektor oder eine der auf der letzten Seite dieser Mitteilung zu Verfahrensgarantien aufgeführten Ressourcen (von ab diesem Punkt als Hinweis bezeichnet). Sie können sich auch an das Indiana Department of Education, Office of Special Education, Indiana Government Center North 9th Floor, 100 N. Senate Ave., Indianapolis, IN 46204; (317) 232-0570 oder gebührenfrei unter (877) 851-4106. Diese Mitteilung bezieht sich auf die Abteilung, d. h. die Abteilung (jetzt Büro genannt) für Sonderpädagogik innerhalb des Bildungsministeriums von Indiana.

Eine Kopie dieser Mitteilung muss den Eltern einmal jährlich ausgehändigt werden und an:

- Erstüberweisung oder Antrag der Eltern auf Bewertung;
- Einreichung der ersten Beschwerde während des Schuljahres;
- Einreichung der ersten ordnungsgemäßen Anhörung während des Schuljahres;
- Das Datum, an dem die Schule beschließt, Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, die einen Wechsel der Unterbringung darstellen, einschließlich der Verlegung in eine vorläufige alternative Bildungseinrichtung für Waffen, Drogen oder schwere Körperverletzung; und
- Wunsch der Eltern.

Sie können sich dafür entscheiden, die Mitteilung per E-Mail-Kommunikation zu erhalten, wenn die Schule diese Option zur Verfügung stellt.

Bedingungen für Sonderpädagogik

Article 7 bezeichnet die Sonderschulvorschriften von Indiana, die im Indiana Administrative Code zu finden sind (IAC) bei 511 IAC 7-32 durch 7-49.

Ausschuss für Fallkonferenzen (CCC) ist eine Gruppe aus Schulpersonal und den Eltern des Schülers, die dafür verantwortlich ist, die Berechtigung des Schülers für Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen zu bestimmen und das individuelle Bildungsprogramm (IEP) des Schülers zu entwickeln und zu überprüfen.

Tag bezeichnet einen Kalendertag, sofern nicht ausdrücklich als Schul-, Unterrichts- oder Werktag angegeben.

Kostenlose angemessene öffentliche Bildung (FAPE) bedeutet Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen, die:

- werden unter staatlicher Schulaufsicht und für die Eltern kostenlos zur Verfügung gestellt;
- Erfüllen Sie die Standards des Bildungsministeriums von Indiana (the IDOE);
- Schließen Sie die frühe Kindheit (Vorschule), Grund- und Sekundarschulbildung ein;
- werden in Übereinstimmung mit dem IEP des Schülers bereitgestellt; und
- Berücksichtigen Sie den Erwerb von Studienleistungen und ein Diplom für akademische Anforderungen in demselben Umfang, in dem die Leistungspunkte für Studierende ohne Behinderungen vergeben werden.

IDEA bezeichnet das Behindertenbildungsförderungsgesetz und umfasst die Bundesgesetze und Verordnungen zur Sonderpädagogik.

Individualisiertes Bildungsprogramm (IEP) ist ein schriftliches Dokument, das vom CCC entwickelt, überprüft und überarbeitet wird und beschreibt, wie der Schüler Zugang zum allgemeinbildenden Lehrplan (falls zutreffend) und zu den bereitzustellenden sonderpädagogischen und damit verbundenen Dienstleistungen erhält. EIN **Transition IEP** ist ein IEP, das für einen Schüler entwickelt wurde, der während der Laufzeit des IEP 14 Jahre alt wird oder in die 9. Klasse kommt.

Student mit Behinderung bedeutet ein Student, der gemäß bewertet wurde Article 7 und vom CCC als förderfähig für Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen eingestuft. Jeder Schüler mit einer Behinderung, der an einer öffentlichen Schule eingeschrieben ist, hat Anspruch auf eine FAPE.

Sowohl Sie als auch die Schule spielen bei der Bildung Ihres Kindes eine Rolle. Wenn es Probleme oder Bedenken bezüglich der Bildung Ihres Kindes gibt, sollten Sie und der Lehrer Ihres Kindes darüber sprechen. Wir bitten Sie dringend, sich aktiv an der

Bildung Ihres Kindes zu beteiligen.

GESCHRIEBENE NOTIZ

Die Schule muss Ihnen geben geschriebene Notiz wenn es:

- vorschlägt, die Identifizierung, Bewertung, Sonderschulplatzierung oder irgendetwas im Zusammenhang mit der Bereitstellung eines FAPE für Ihr Kind einzuleiten oder zu ändern; oder
- Weigert sich, die Identifizierung, Bewertung, Sonderschulplatzierung oder irgendetwas im Zusammenhang mit der Bereitstellung eines FAPE für Ihr Kind einzuleiten oder zu ändern.

Das bedeutet, dass die Schule Sie schriftlich benachrichtigen muss, wenn sie Folgendes vorschlägt oder ablehnt:

- Um eine erste Bewertung durchzuführen;
- Um eine Neubewertung durchzuführen;
- Um die anfängliche Berechtigung eines Kindes zu bestimmen/identifizieren; oder
- Um etwas am IEP Ihres Kindes zu ändern, wie z. B. Bildungsplatzierung, Sonderpädagogik oder damit verbundene Dienstleistungen oder irgendetwas im Zusammenhang mit der Bereitstellung eines FAPE.

Hinweise* und Zeitleisten

Das **Mitteilung über die Erstbewertung** und **Hinweis zur Neubewertung** muss enthalten:

- Eine Erklärung, dass die Schule vorschlägt oder ablehnt, die Erstbewertung oder Neubewertung durchzuführen;
- Eine Beschreibung aller Bewertungsverfahren, Bewertungen, Aufzeichnungen oder Berichte, die die Schule als Grundlage für ihre vorgeschlagenen oder abgelehnten Maßnahmen verwendet hat;
- Eine Beschreibung anderer Faktoren, die für den Vorschlag oder die Weigerung der Schule, die Erstbewertung oder Neubewertung durchzuführen, relevant sind;
- Wenn Sie vorschlagen, eine erste Bewertung durchzuführen -
 - Eine Beschreibung aller Bewertungsverfahren, die die Schule durchzuführen vorschlägt
 - Der Zeitplan für die Durchführung der Bewertung und die Einberufung des CCC-Meetings
 - Eine Erklärung, wie man mindestens fünf (5) Schultage vor dem ersten CCC-Treffen kostenlos eine Kopie des Bewertungsberichts erhalten kann und
 - Eine Erläuterung, wie ein Treffen mit jemandem beantragt werden kann, der die Ergebnisse der Bewertung mindestens fünf (5) Schultage vor dem ersten CCC-Treffen erläutern kann;
- Wenn Sie vorschlagen, eine Neubewertung durchzuführen -
 - Eine Beschreibung des Neubewertungsprozesses und
 - Der Zeitplan für die Durchführung der Neubewertung und die Einberufung der CCC-Sitzung;
- Wenn Sie sich weigern, die Erstbewertung oder Neubewertung durchzuführen, eine Erklärung Ihres Rechts, die Entscheidung der Schule anzufechten, indem Sie eine Schlichtung oder eine Anhörung nach einem ordnungsgemäßen Verfahren beantragen;
- Eine Erklärung, dass der Elternteil eines Schülers mit einer Behinderung gemäß der Verfahrensgarantiebestimmung von geschützt ist 511 IAC 7-37-1; und
- Eine Liste von Quellen, an die sich Eltern wenden können, um Hilfe beim Verständnis von Artikel 7 zu erhalten.

Zeitleiste: Das **Mitteilung über die Erstbewertung** und **Mitteilung über die Neubewertung** muss den Eltern innerhalb von 10 Schultagen nach Erhalt des Antrags der Eltern auf eine Bewertung bei der Schule vorgelegt werden.

Für erste pädagogische Evaluationen, die **Mitteilung über erste Ergebnisse und vorgeschlagene Maßnahmen** muss enthalten:

- Eine Beschreibung und Gesamtergebnisse aller Bewertungen, Verfahren, Beurteilungen, Aufzeichnungen oder Berichte, die die Schule als Grundlage für die vorgeschlagene anfängliche Förderfähigkeit verwendet hat;
- Eine Beschreibung der vorgeschlagenen Berechtigung; und
- Eine Erklärung, warum die Schule diese Maßnahme vorschlagen kann (Berechtigung).

* Die tatsächlichen Namen dieser schriftlichen Mitteilungen können sich von einer Schulgesellschaft oder Charterschule zur anderen unterscheiden.

Zeitleiste: Die schriftliche Kündigung muss vor einem ersten CCC-Treffen erfolgen empfangen von den Eltern mindestens fünf (5) Schultage vor dem ersten CCC-Treffen.

Das **Geschriebene Notiz** über vorgeschlagene oder abgelehnte Änderungen an einem IEP muss Folgendes enthalten:

- Eine Beschreibung der von der Schule vorgeschlagenen oder abgelehnten Maßnahme;
- Eine Erklärung, warum die Schule vorschlägt oder ablehnt, die Maßnahme zu ergreifen;
- Eine Beschreibung aller Bewertungen, Verfahren, Beurteilungen, Aufzeichnungen oder Berichte, die die Schule als Grundlage für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme verwendet hat;
- Eine Beschreibung aller anderen Optionen, die der CCC in Betracht gezogen hat, und die Gründe, warum diese Optionen abgelehnt wurden;
- Eine Beschreibung aller anderen Faktoren, die für den Vorschlag oder die Ablehnung der Schule relevant sind;
- Eine Erklärung, dass der Elternteil eines Schülers mit einer Behinderung Schutz gemäß den Bestimmungen zu Verfahrensgarantien hat, die in beschrieben sind 511 IAC 7-37-1 und wie Sie eine Kopie einer Beschreibung der Mitteilung erhalten können;
- Eine Erklärung, dass Sie das Recht haben, die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme anzufechten, nachdem Sie die schriftliche Mitteilung zu jedem IEP nach dem ursprünglichen IEP erhalten haben, indem Sie:
 - Bitte um und Teilnahme an einem Treffen mit einem Schulbeamten, der befugt ist, die Meinungsverschiedenheit zu schlichten,
 - Mediation einleiten bzw
 - Beantragung einer prozessualen Anhörung;
- Eine Erklärung, dass, wenn Sie den vorgeschlagenen IEP innerhalb von 10 Schultagen nach Erhalt der schriftlichen Mitteilung anfechten, die Schule den aktuellen IEP weiterhin umsetzen muss (außer wie in vorgesehen 511 IAC 7-42-8(e) und (f) bei neu eingeschriebenen Schülern mit einem IEP aus einem anderen Schulbezirk);
- Eine Erklärung, dass, wenn Sie die Umsetzung des IEP anfechten, indem Sie ein Treffen oder eine Schlichtung beantragen, und diese Methode das Problem nicht zu Ihrer Zufriedenheit löst, die Schule das IEP am 11. Unterrichtstag nach dem Treffen oder der Schlichtung umsetzen kann, sofern Sie nicht a ordnungsgemäße Anhörung; und
- Quellen, an die Sie sich wenden können, um Unterstützung beim Verständnis Ihrer Rechte zu erhalten

Zeitleiste: Die schriftliche Mitteilung über vorgeschlagene oder abgelehnte Änderungen an einem IEP muss erfolgen dem Elternteil am Ende des CCC-Meetings ausgehändigt oder nach dem CCC-Meeting per Post zugeschickt. Bei Postversand muss die schriftliche Mitteilung spätestens 10 Werktage nach dem Datum der CCC-Sitzung bei den Eltern eingehen.

Alle schriftlichen Mitteilungen müssen in einem leicht lesbaren Format, in einer für die Allgemeinheit verständlichen Sprache und in Ihrer Muttersprache oder einem anderen Hauptkommunikationsmittel abgefasst sein, es sei denn, dies ist eindeutig nicht möglich. Wenn es sich nicht um eine geschriebene Sprache handelt, muss die Schule Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Mitteilung mündlich oder auf andere Weise in Ihre Muttersprache oder andere Kommunikationsmittel übersetzt wird. Wenn Ihre Sprache keine Schriftsprache ist, muss die Schule versichern und dokumentieren, dass Sie den Hinweis verstehen.

ZUSTIMMUNG DER ELTERN

Die Schule braucht Ihre **schriftliche Zustimmung** (Ihre Zustimmung), bevor es bestimmte Dinge in Bezug auf das Sonderschulprogramm Ihres Kindes tun kann.

Zustimmung meint:

- Sie wurden in Ihrer Muttersprache oder einem anderen Kommunikationsmittel vollständig über alle Informationen bezüglich der Handlung/Aktivität informiert, für die Ihre Zustimmung eingeholt wird.
- Sie verstehen die Handlung/Aktivität, für die die Schule Sie um Ihre Zustimmung bittet, und stimmen ihr schriftlich zu, und das Dokument, das die Schule Sie zu unterzeichnen bittet (um Ihre Zustimmung anzuzeigen), enthält eine Beschreibung der Handlung/Aktivität, für die die Zustimmung erbeten wird, eine Liste der Aufzeichnungen (falls vorhanden), die freigegeben werden, und an wen.
- Sie verstehen, dass die Einwilligung Ihrerseits freiwillig ist und Sie Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen (zurückziehen) können. Wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen, gilt dies nicht rückwirkend und hebt keine Maßnahme auf, die die Schule bereits ergriffen hat.

Die Schule muss in den folgenden sieben (7) Fällen Ihre Zustimmung einholen:

1. Bevor Ihr Kind zum ersten Mal untersucht wird

Die Schule kann keine Erstbeurteilung Ihres Kindes durchführen, um festzustellen, ob Ihr Kind Anspruch auf Sonderunterricht und damit verbundene Leistungen hat, ohne Sie zuvor schriftlich über die vorgeschlagene Erstbeurteilung zu informieren und Ihre schriftliche Zustimmung einzuholen. Die Schule muss angemessene Anstrengungen unternehmen, um Ihre Zustimmung zu einer ersten Bewertung einzuholen.

Ihre Zustimmung zur Erstbewertung bedeutet nicht, dass Sie auch der Schule zustimmen, Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen anzubieten.

Wenn Ihr Kind an einer öffentlichen Schule eingeschrieben ist oder sein wird und Sie sich weigern, einer Erstbeurteilung zuzustimmen oder auf die Bitte der Schule um Ihre Zustimmung nicht zu reagieren, kann die Schule (muss aber nicht) eine Schlichtung oder ein ordentliches Verfahren in Anspruch nehmen Anhörung, um Ihre Zustimmung einzuholen. Die Schule wird ihre Verpflichtung, Ihr Kind ausfindig zu machen, zu identifizieren und zu bewerten, nicht verletzen, wenn sie keine Schlichtung oder eine Anhörung nach einem ordnungsgemäßen Verfahren anstrebt.

2. Bevor die Schule zum ersten Mal Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen anbieten kann

Die Schule muss Ihre informierte Zustimmung einholen, bevor sie Ihrem Kind zum ersten Mal Sonderunterricht und damit verbundene Dienstleistungen anbietet. Die Schule muss angemessene Anstrengungen unternehmen, um Ihre Zustimmung zur Einleitung von Sonderschulungen und damit verbundenen Diensten einzuholen. Wenn Sie sich weigern, dem Beginn der Dienste zuzustimmen, oder wenn Sie auf die Bitte der Schule um Ihre Zustimmung nicht reagieren, darf die Schule keine Schlichtung oder eine Anhörung nach dem ordnungsgemäßen Verfahren anwenden, um die fehlende Zustimmung aufzuheben.

Wenn Sie Ihre Zustimmung nicht erteilen und die Schule infolgedessen keine Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen anbietet, verstößt die Schule nicht gegen die Anforderung, Ihrem Kind einen FAPE zur Verfügung zu stellen, und ist nicht verpflichtet, ein CCC-Meeting abzuhalten oder Entwicklung eines IEP für die Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen, für die die Schule Ihre Zustimmung eingeholt hat.

3. Bevor die Schule Ihr Kind neu bewertet, es sei denn, die Schule kann nachweisen, dass sie angemessene Schritte unternommen hat, um Ihre Zustimmung einzuholen, Sie aber nicht reagiert haben

Wenn Ihr Kind für berechtigt befunden wird und sonderpädagogische Leistungen erhält, muss mindestens alle drei Jahre eine Neubewertung Ihres Kindes in Erwägung gezogen werden. Die Schule kann Ihr Kind ohne Ihre schriftliche Zustimmung erneut bewerten, wenn die Schule angemessene Schritte unternommen hat, um Ihre Zustimmung einzuholen, und Sie nicht geantwortet haben.

Wenn Sie sich weigern, einer erneuten Beurteilung Ihres Kindes zuzustimmen, kann die Schule (muss aber nicht) eine Mediation oder eine Anhörung nach einem ordnungsgemäßen Verfahren einsetzen, um Ihre Ablehnung der Zustimmung außer Kraft zu setzen. Die Schule wird ihre Verpflichtung, Ihr Kind ausfindig zu machen, zu identifizieren und zu bewerten, nicht verletzen, wenn sie keine Schlichtung oder eine Anhörung nach einem ordnungsgemäßen Verfahren anstrebt.

4. Bevor die Schule auf die öffentlichen Leistungen oder das Versicherungsprogramm Ihres Kindes oder auf die Einnahmen aus privaten Versicherungen zugreifen kann

Mit Ihrer Zustimmung kann die Schule Medicaid oder andere öffentliche Leistungen oder Versicherungen oder Ihre private Versicherung nutzen, um Sonderschulungen oder damit verbundene Dienstleistungen anzubieten oder zu bezahlen. Wenn Sie es ablehnen, der Schule zuzustimmen, Medicaid oder Ihre Privatversicherung für abgedeckte Leistungen im Rahmen des IEP oder des individualisierten Familienleistungsplans (IFSP) Ihres Kindes in Rechnung zu stellen, muss die Schule weiterhin alle erforderlichen IEP- oder IFSP-Leistungen kostenlos für Sie erbringen.

Ihre Rechte und Schutzmaßnahmen

- Wenn Sie Ihre Einwilligung erteilen oder Ihre Einwilligung später widerrufen, muss die Schule Ihrem Kind weiterhin alle erforderlichen IEP- oder IFSP-Dienste kostenlos für Sie anbieten.
- Wenn Sie eine Einwilligung erteilt haben, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen.

- Die Schule verlangt möglicherweise nicht, dass Sie sich bei Medicaid oder einem anderen öffentlichen Gesundheitsversorgungsprogramm als Bedingung für die Bereitstellung von IEP- oder IFSP-Diensten anmelden, die sie für Sie kostenlos erbringen muss.
- Die Schule darf Ihre öffentlichen Leistungen (Medicaid) oder Ihre private Versicherung nicht in Anspruch nehmen, wenn dies zu Folgendem führen würde:
 - die Leistungsbeschränkungen des Plans ausschöpfen (z. B. die Anzahl der abgedeckten Besuche verringern oder Sie dazu veranlassen, für Dienstleistungen außerhalb der Schule zu zahlen, die andernfalls abgedeckt wären);
 - Sie zur Zahlung eines Selbstbehalts, einer Zuzahlung oder anderer Auslagen veranlassen;
 - Ihre Prämie erhöhen oder zur Streichung von Leistungen führen; oder
 - den Anspruch Ihres Kindes auf Medicaid-Heim- und gemeinschaftsbasierte Waiver-Dienste gefährden.

5. Bevor die Schule die Bildungsunterlagen des Schülers an Beamte einer teilnehmenden Einrichtung, die Übergangsleistungen erbringt oder bezahlt, herausgeben oder einen Vertreter einer teilnehmenden Einrichtung (außer einer öffentlichen Einrichtung), die möglicherweise Leistungen erbringt oder bezahlt, zum CCC-Meeting einladen kann für Übergangsdienste

Wenn Ihr Kind während der Laufzeit des IEP 14 Jahre alt wird oder in die 9. Klasse kommt, muss das CCC ein IEP für den Übergang entwickeln, das Ihr Kind auf den Übergang von der Sekundarstufe zum postsekundären Leben vorbereiten soll. Es gibt eine Reihe von Agenturen, die Studenten mit Übergangsdiensten unterstützen. Die Schule muss Ihre schriftliche Zustimmung einholen, bevor sie die Bildungsnachweise Ihres Kindes an Berufsrehabilitationsdienste oder andere teilnehmende Einrichtungen weitergibt, die möglicherweise Übergangsdienste anbieten oder dafür bezahlen. Wenn das CCC einen IEP für den Übergang entwickelt oder überarbeitet und es angemessen ist, einen Vertreter einer teilnehmenden Einrichtung einzubeziehen, die Übergangsdienste erbringen oder bezahlen kann, muss die Schule Ihre Zustimmung einholen, bevor sie den/die Vertreter der Einrichtung zum CCC-Meeting einlädt.

6. Vorher können der Schulbezirk der gesetzlichen Niederlassung und der Schulbezirk, in dem sich die nichtöffentliche (Privat-)Schule befindet, Informationen über einen Schüler austauschen, der einseitig an einer nichtöffentlichen Schule angemeldet wurde

Wenn Sie Ihr Kind einseitig an einer nicht-öffentlichen Schule in einem anderen Schulbezirk als dem Schulbezirk Ihres Kindes anmelden, ist der Schulbezirk, in dem sich die nicht-öffentliche Schule befindet, für das Auffinden, Identifizieren, Bewerten und, falls berechtigt, Bereitstellen von Diensten verantwortlich dein Kind. Wenn der Schulbezirk, der die nichtöffentliche Schule bedient, und der Schulbezirk der legalen Niederlassung zu irgendeinem Zeitpunkt Informationen über einen Schüler austauschen müssen, müssen Sie Ihre schriftliche Zustimmung erteilen, bevor dies geschehen kann.

7. Vor dem Vertreter der öffentlichen Stelle können eingetragene Lehrkräfte, allgemeinbildende Lehrkräfte oder Unterrichtsstrategen (Personen, die die Auswirkungen der Bewertung auf den Unterricht interpretieren können) von der Teilnahme an allen oder einem Teil einer CCC-Sitzung entschuldigt werden

Die Schule muss Ihre schriftliche Zustimmung einholen, bevor einer der vier erforderlichen CCC-Teilnehmer der Schule ganz oder teilweise von einem CCC befreit werden kann. Mit Ihrem Einverständnis kann das Mitglied entschuldigt werden, wenn:

- Der Bereich des Mitglieds des Lehrplans oder des zugehörigen Dienstes wird in der CCC-Sitzung nicht geändert oder diskutiert; oder
- Das CCC-Meeting beinhaltet die Änderung oder Diskussion des Bereichs des Mitglieds im Lehrplan oder verwandten Diensten, und das Mitglied stimmt zu, am relevanten Teil des Meetings teilzunehmen, oder reicht Ihnen und anderen CCC-Mitgliedern vor dem schriftlichen Beitrag zur Entwicklung des IEP ein CCC-Treffen.

Ihre Zustimmung ist not erforderlich -

- Wenn die Schule vorhandene Daten oder Informationen im Rahmen einer Erstbewertung oder einer Neubewertung überprüft;
- Wenn die Schule einen Test oder eine andere Bewertung durchführt, die für alle Kinder durchgeführt wird, es sei denn, die Zustimmung aller Eltern ist erforderlich;
- Wenn ein Lehrer oder Spezialist ein Screening-Instrument anwendet, um geeignete Unterrichtsstrategien für die Umsetzung des Lehrplans zu bestimmen;
- Wenn Fortschrittsüberwachungsdaten für Schüler gesammelt werden, die an einem Antwort-auf-Interventionsprozess teilnehmen; oder
- Wenn die Schule vorschlägt, die Identifikation, Unterbringung, Sonderpädagogik, damit verbundene Dienste oder die Bereitstellung eines FAPE Ihres Kindes zu ändern (siehe Abschnitt unten - „Was passiert, wenn ich mit der Maßnahme, die die Schule in einem nachfolgenden IEP vorschlägt oder ablehnt, nicht einverstanden bin?“)

Kann ich die Einwilligung verweigern?

Ja. Wenn Sie sich jedoch weigern, einer Erstbeurteilung oder Neubeurteilung zuzustimmen, kann die Schule Sie bitten, sich an einer Schlichtung in dieser Angelegenheit zu beteiligen, oder sie kann eine ordnungsgemäße Anhörung einleiten. Die Schule darf keine Mediation oder ein ordnungsgemäßes Verfahren anwenden, wenn Sie Ihre Zustimmung zur anfänglichen Bereitstellung von Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen ablehnen.

Kann ich meine erteilte Einwilligung widerrufen (widerrufen)?

Ja. Sie haben das Recht, Ihre Meinung zu ändern. Die Einwilligung ist freiwillig. Ihre Einwilligung können Sie jederzeit schriftlich widerrufen (zurückziehen). Der schriftliche Widerruf ist an die Schule oder die Sonderschulleitung zu richten. Wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen, gilt dies nicht rückwirkend und hebt keine Maßnahme auf, die die Schule bereits ergriffen hat.

Was passiert, wenn ich meine Einwilligung für Dienstleistungen widerrufe?

Indem Sie Ihre Zustimmung zu Dienstleistungen widerrufen, weisen Sie die Schule an, die Bereitstellung einzustellen **alle** Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen. Dies umfasst alle speziellen Anweisungen, damit verbundenen Dienstleistungen, Unterkünfte, Anpassungen, Modifikationen und alles andere, was im IEP des Schülers vorgesehen ist. Sie können die Einwilligung nicht nur für einige der sonderpädagogischen Leistungen widerrufen.

Nachdem Sie der Schule mitgeteilt haben, dass Sie Ihre Einwilligung widerrufen, muss die Schule Ihnen schriftlich mitteilen, dass sie dem Schüler keine Dienstleistungen mehr erbringen wird und dass sie die Erbringung von Dienstleistungen 10 Schultage nach Erhalt der schriftlichen Mitteilung der Schule einstellen wird. Nach 10 Schultagen wird der Schüler ohne IEP in die allgemeinbildende Schule versetzt und gilt nicht mehr als Schüler mit Behinderung. Dies bedeutet, dass der Student den gleichen Standards in Bezug auf Verantwortlichkeit, Erwartungen und disziplinarische Konsequenzen unterliegt wie jeder andere Student ohne Behinderung.

Was ist, wenn ich später meine Meinung ändere und entscheide, dass ich möchte, dass der Schüler wieder sonderpädagogische Leistungen erhält?

Sie müssen eine Erstbewertung beantragen und ihr zustimmen, und das Fallkonferenzkomitee muss feststellen, dass der Schüler für Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen in Frage kommt. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt über Bewertungen.

Welche Einschränkungen gelten für meine Einwilligung?

Die Schule muss sicherstellen, dass Ihre Weigerung, einer Dienstleistung oder Aktivität zuzustimmen, Ihnen oder Ihrem Kind nicht das Recht verweigert, andere von der Schule angebotene Dienstleistungen, Leistungen oder Aktivitäten zu erhalten.

Was passiert, wenn ich mit der Maßnahme, die die Schule in einem nachfolgenden IEP vorschlägt oder ablehnt, nicht einverstanden bin?

Wenn die Schule eine Maßnahme bezüglich der Sonderpädagogik und der damit verbundenen Dienstleistungen Ihres Kindes vorschlägt oder ablehnt, muss sie die Eltern nach Abschluss der CCC-Sitzung schriftlich benachrichtigen oder die Mitteilung nach der CCC-Sitzung an die Eltern senden. Bei Postversand muss die schriftliche Mitteilung spätestens 10 Werktagen nach dem Datum der CCC-Sitzung bei den Eltern eingehen. Wenn Sie mit der in der schriftlichen Mitteilung beschriebenen vorgeschlagenen Maßnahme nicht einverstanden sind, können Sie:

- Fordern Sie ein Treffen mit einem Schulbeamten an, der befugt ist, die Meinungsverschiedenheit zu lösen, und nehmen Sie daran teil.
- Mediation einleiten; oder
- Fordern Sie eine prozessuale Anhörung an.

Wenn Sie innerhalb von 10 Schultagen nach Erhalt der schriftlichen Mitteilung eine dieser Maßnahmen ergreifen, kann die Schule die vorgeschlagene Maßnahme nicht ergreifen und muss weiterhin das aktuelle IEP des Schülers umsetzen.

Wenn Sie die Umsetzung des IEP anfechten, indem Sie ein Treffen oder eine Schlichtung beantragen, und diese Methode das Problem nicht zu Ihrer Zufriedenheit löst, kann die Schule das IEP am 11 .

Wenn Sie innerhalb von 10 Schultagen nach Erhalt der schriftlichen Mitteilung keine dieser Maßnahmen ergreifen, kann die Schule die vorgeschlagene Maßnahme umsetzen (ergreifen).

Sie können jede dieser Maßnahmen nach 10 Schultagen nach Erhalt der schriftlichen Mitteilung ergreifen, aber die Schule wird die vorgeschlagene Maßnahme umsetzen.

BEWERTUNGEN

Eine pädagogische Bewertung ist ein Verfahren, um Informationen über ein Kind zu sammeln, um festzustellen, ob ein Schüler eine Behinderung hat, und um das CCC über die sonderpädagogischen und damit verbundenen Dienstleistungen Ihres Kindes zu informieren. Die Informationen werden aus einer Vielzahl von Quellen (einschließlich von Eltern) und durch eine Vielzahl von Bewertungsinstrumenten gesammelt.

Anfängliche pädagogische Bewertung

Wenn Sie vermuten, dass Ihr Kind eine Behinderung hat und Sonderunterricht und damit verbundene Dienstleistungen benötigt, können Sie beantragen, dass die Schule eine erste pädagogische Bewertung Ihres Kindes durchführt. Eine umfassende Bewertung muss durchgeführt werden, bevor das CCC feststellen kann, ob ein Schüler Anspruch auf Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen hat. Ihre schriftliche Zustimmung ist erforderlich, bevor die Schule die Bewertung durchführen kann.

Wie fordere ich eine erste Bildungsevaluation an?

Sie können beantragen, dass die Schule eine anfängliche pädagogische Bewertung Ihres Kindes durchführt, indem Sie:

- Senden einer unterschriebenen schriftlichen Anfrage an lizenziertes Schulpersonal (z. B. Lehrer, Schulleiter, Schulberater oder Schulpsychologe) oder
- eine mündliche Anfrage an lizenziertes Schulpersonal stellen.

Die Schule muss Sie schriftlich über die Bewertung informieren und Ihre schriftliche Zustimmung einholen, bevor sie die Bewertung durchführt.

Wie sind die Fristen für eine Erstbewertung?

Innerhalb von 50 Schultagen ab dem Datum, an dem die Schule Ihre schriftliche Zustimmung erhält, muss die Erstbewertung durchgeführt und das CCC einberufen werden. Wenn Ihr Kind an einem Response-to-Intervention (RtI)-Prozess teilgenommen hat und innerhalb eines angemessenen Zeitraums keine angemessenen Fortschritte gemacht hat und die Schule einen Antrag auf eine pädagogische Bewertung stellt, muss die Schule die erste Bewertung durchführen und das CCC einberufen 20 Schultage nach Erhalt Ihrer schriftlichen Zustimmung.

Wie erhalte ich eine Kopie des ersten Evaluierungsberichts und kann ich mich mit jemandem treffen, der mir die Evaluierungsergebnisse vor dem ersten CCC-Meeting erläutern kann?

Zu dem Zeitpunkt, an dem Sie Ihre schriftliche Zustimmung zur Erstbewertung erteilen, können Sie verlangen, dass die Schule Ihnen eine Kopie des Bewertungsberichts zur Verfügung stellt, und/oder ein Treffen mit jemandem beantragen, der die Bewertungsergebnisse vor dem ersten CCC-Meeting erläutern kann. Auf Ihren Wunsch muss die Schule Ihnen eine Kopie des Berichts aushändigen und ein Treffen mit jemandem vereinbaren, der die Bewertungsergebnisse erläutern kann. Beides muss mindestens 5 Schultage vor dem ersten CCC-Treffen geschehen. Wenn Sie nicht verlangen, dass vor dem CCC-Meeting eine Kopie des Berichts zur Verfügung gestellt wird, wird Ihnen die Schule beim ersten CCC-Meeting eine Kopie aushändigen.

Neubewertung

Wenn Ihr Kind für berechtigt befunden wird und sonderpädagogische Leistungen erhält, muss die CCC die Notwendigkeit einer Neubewertung Ihres Kindes mindestens alle drei Jahre prüfen, es sei denn, Sie und die Schule stimmen zu, dass eine Neubewertung nicht erforderlich ist. Wenn Sie zu irgendeinem Zeitpunkt während des Dreijahreszeitraums glauben, dass eine Neubewertung erforderlich ist, können Sie lizenziertes Personal (mündlich oder schriftlich) um eine Neubewertung bitten. Die Schule muss Sie schriftlich über die Neubewertung informieren und Ihre Zustimmung einholen, bevor die Neubewertung durchgeführt wird. Sofern die Neubewertung nicht durchgeführt wird, um die Förderfähigkeit Ihres Kindes wiederherzustellen, muss die Neubewertung durchgeführt werden und der CCC muss innerhalb von 50 Schultagen ab dem Datum, an dem die Schule Ihre schriftliche Zustimmung erhält, einberufen werden. Ihre Zustimmung zu einer Neubewertung ist nicht erforderlich, wenn die Schule angemessene Anstrengungen

unternommen hat, um Ihre Zustimmung einzuholen, und Sie nicht geantwortet haben.

Sofern Sie und die Schule nichts anderes vereinbaren, darf eine Neubewertung zur Wiederherstellung der Förderfähigkeit Ihres Kindes höchstens einmal im Jahr erfolgen.

Unabhängige Bildungsevaluation

Sie haben das Recht, eine unabhängige schulische Bewertung Ihres Kindes auf Kosten der Schule zu verlangen, wenn Sie mit der Bewertung der Schule nicht einverstanden sind. Auf Ihren Antrag auf eine unabhängige Bildungsevaluation muss die Schule Ihnen Informationen darüber geben, wo eine unabhängige Bildungsevaluation erhältlich ist und welche Kriterien für unabhängige Bildungsevaluationen gelten.

Wenn Sie eine unabhängige Bildungsbewertung auf öffentliche Kosten erhalten, müssen die Ergebnisse der Bewertung vom CCC berücksichtigt werden und können in einem ordnungsgemäßen Verfahren verwendet werden.

Was ist eine unabhängige Bildungsevaluation?

Eine „unabhängige Bildungsbewertung“ oder IEE bedeutet eine Bewertung, die von einem qualifizierten Bewerter durchgeführt wird, der nicht an der Schule angestellt ist, die die Ausbildung Ihres Kindes anbietet.

Was bedeutet „auf öffentliche Kosten“?

„Auf Kosten der öffentlichen Hand“ bedeutet, dass die Schule entweder die vollen Kosten der Evaluation übernimmt oder sicherstellt, dass die Evaluation ansonsten kostenlos für Sie zur Verfügung gestellt wird.

Was passiert, wenn ich eine unabhängige Bildungsevaluation auf öffentliche Kosten beantrage?

Wenn Sie ein IEE auf öffentliche Kosten beantragen, muss die Schule innerhalb von 10 Werktagen nach Erhalt Ihres Antrags entweder:

- Ihnen schriftlich mitteilen, dass es für eine IEE bezahlen wird, oder
- eine ordnungsgemäße Anhörung einleiten, damit ein Anhörungsbeauftragter entscheidet, ob die Bewertung der Schule angemessen ist.

Wenn Sie eine IEE beantragen, kann die Schule nach dem/den Grund(en) fragen, warum Sie mit der Bewertung der Schule nicht einverstanden sind. Ihre Erklärung ist jedoch nicht erforderlich, und die Schule darf weder die Bereitstellung des IEE auf öffentliche Kosten verzögern noch eine ordnungsgemäße Anhörung beantragen, um ihre Bewertung zu verteidigen.

Wenn die Schule eine ordnungsgemäße Anhörung einleitet und der Anhörungsbeauftragte entscheidet, dass die Bewertung der Schule angemessen ist, haben Sie immer noch das Recht auf eine IEE, aber die Schule zahlt nicht dafür.

Wie viele unabhängige Bildungsbewertungen kann ich anfordern?

Jedes Mal, wenn die Schule eine Bewertung durchführt, mit der Sie nicht einverstanden sind, haben Sie Anspruch auf nur einen (1) IEE auf öffentliche Kosten.

Was ist, wenn ich auf eigene Kosten eine unabhängige Bildungsbewertung erhalte?

Wenn Sie auf eigene Kosten eine IEE beschaffen und die Evaluation den Evaluationskriterien der Schule entspricht, müssen die Evaluationsergebnisse vom CCC berücksichtigt werden. Sie können die Ergebnisse einer privat erlangten IEE auch in einer prozessualen Anhörung bezüglich Ihres Kindes verwenden.

Sie haben das Recht, eine prozessuale Anhörung zu beantragen, um eine Erstattung der Kosten des IEE zu erhalten. Der Anhörungsbeauftragte entscheidet, ob Sie Anspruch auf Erstattung haben. Der Anhörungsbeauftragte kann jedoch keine Erstattung anordnen, wenn die privat erworbene IEE die Kriterien der Schule für eine Bewertung nicht erfüllt, es sei denn, die Anwendung dieser Kriterien würde Ihr Recht auf eine IEE verweigern.

Was sind die Kriterien für eine unabhängige Bildungsevaluation?

Wenn eine IEE von der Schule bezahlt wird, müssen die Kriterien, nach denen die Bewertung erfolgt, einschließlich des Ortes der Bewertung und der Qualifikation des Bewerbers, mit den Kriterien übereinstimmen, die die Schule verwendet, wenn sie eine Bewertung durchführt soweit die Kriterien mit Ihrem Recht auf eine IEE vereinbar sind. Abgesehen von diesen Kriterien darf die Schule keine Bedingungen oder Fristen im Zusammenhang mit der Erlangung eines IEE auf öffentliche Kosten auferlegen.

SITZUNGEN DES FALLKONFERENZAUSSCHUSSES

Das CCC ist eine Gruppe von Personen, die Folgendes umfasst **Sie** und Schulpersonal. Das CCC ist dafür verantwortlich, die Berechtigung des Schülers zu bestimmen und bei Berechtigung das IEP des Schülers (einschließlich eines Übergangs-IEP) zu entwickeln. Bei der Entwicklung eines IEP muss das CCC eine Vielzahl allgemeiner und spezieller Faktoren berücksichtigen und die Sonderausbildung und die damit verbundenen Dienstleistungen bestimmen, die den individuellen Bedürfnissen des Schülers entsprechen, sowie alle erforderlichen IEP-Komponenten ansprechen. Die Schule muss alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen (einschließlich der Bereitstellung eines Dolmetschers), um sicherzustellen, dass Sie verstehen, was in der CCC-Sitzung passiert.

Welche Rechte und Pflichten habe ich als Mitglied des CCC?

- Sie haben das Recht, an allen CCC-Treffen für Ihr Kind teilzunehmen, bis es 18 Jahre alt ist. Sie haben das Recht zur Teilnahme nach Vollendung des 18. Lebensjahres des Schülers, wenn Sie die Vormundschaft für den Schüler erhalten haben oder als Erziehungsbeauftragter für den Schüler bestellt wurden.
- Sie haben das Recht, ein Treffen des CCC zu verlangen, wenn Sie der Meinung sind, dass eine erforderliche Komponente des IEP des Schülers geändert werden muss, um die Bereitstellung eines FAPE sicherzustellen.
- Sie haben das Recht, das CCC-Meeting zu einem gemeinsam vereinbarten Datum, Zeitpunkt und Ort ansetzen zu lassen.
- Wenn Sie teilnehmen möchten, aber nicht persönlich am CCC-Meeting teilnehmen können, können Sie telefonisch oder auf andere Weise teilnehmen.
- Sie können andere Personen, von denen Sie glauben, dass sie Kenntnisse oder besondere Fachkenntnisse über Ihr Kind haben, zu jedem CCC-Treffen mitbringen.

Wann muss sich der CCC treffen?

- Innerhalb von 50 Schultagen nach Erhalt Ihrer schriftlichen Zustimmung für eine erste pädagogische Bewertung oder Neubewertung (es sei denn, die Neubewertung dient der Wiederherstellung der Eignung des Schülers).
- Mindestens jährlich.
- Auf Anfrage der Eltern oder der Schule, wenn beide der Meinung sind, dass eine erforderliche Komponente des IEP des Schülers geändert werden sollte, um die Bereitstellung eines FAPE sicherzustellen.
- Innerhalb von 10 Schultagen nach der Einschreibung eines Schülers, wenn der Schüler sonderpädagogische Leistungen in der zuvor besuchten Schule erhalten hat.
- Innerhalb von 10 Schultagen nach einem disziplinarischen Wechsel der Unterbringung, um festzustellen, ob das Verhalten des Schülers eine Manifestation der Behinderung des Schülers ist.
- Zur Bestimmung des vorläufigen alternativen Bildungsumfelds (IAES), es sei denn, das IAES ist bereits im IEP des Schülers identifiziert.
- Mindestens alle 60 Schultage, wenn der Schüler Dienste in einer häuslichen oder alternativen Umgebung erhält.

VERTRAULICHKEIT VON UND ZUGANG ZU BILDUNGSaufzeichnungen

Der Family Educational Rights and Privacy Act von 1974 (FERPA) sowie andere Landes- und Bundesgesetze regeln die Vertraulichkeit der Bildungsunterlagen eines Schülers. Die Schule muss die Vertraulichkeit persönlich identifizierbarer Informationen über Ihr Kind während der Erfassung, Speicherung und Vernichtung von Informationen schützen. Ein Schulbeamter ist für die Sicherstellung der Vertraulichkeit von Informationen verantwortlich und wurde in diesen Verfahren geschult. Die Schule bietet jedem Mitarbeiter, der diese Informationen sammelt oder verwaltet, Schulungen zur Vertraulichkeit an und muss eine aktuelle Liste der Namen und Positionen von Schulangestellten führen, die Zugang zu personenbezogenen Informationen in den Bildungsunterlagen Ihres Kindes haben. Diese Liste ist öffentlich einsehbar. Die Schule muss Aufzeichnungen über diese Personen führen, mit Ausnahme von Eltern und autorisierten Mitarbeitern des Schulbezirks, die Zugang zu einer Schülerakte erhalten, einschließlich Namen, Daten und Zweck des Zugangs. Die Schule muss Ihnen auf Anfrage auch eine Liste der Arten und Orte der Bildungsaufzeichnungen zur Verfügung stellen, die von der Behörde gesammelt, geführt oder verwendet werden.

Bedingungen

Verzeichnisinformationen Informationen sind Informationen über einen Schüler, die in den Bildungsunterlagen des Schülers enthalten sind und die im Allgemeinen nicht als schädlich oder als Eingriff in die Privatsphäre angesehen würden, wenn sie offengelegt würden, und die ohne Ihre Zustimmung gemäß den Richtlinien der Schule veröffentlicht werden können. Darunter fallen Informationen wie Name, Adresse, Klassenstufe, Studienfach, Anwesenheitsdaten und ähnliche Daten.

Bildungsbilanz bedeutet Aufzeichnungen, die sich direkt auf einen Schüler beziehen und von der Schule oder einer Person, die im Namen der Schule handelt, geführt werden. Unterrichtsaufzeichnungen umfassen unter anderem Testprotokolle, die persönlich identifizierbare Informationen über einen Schüler oder das IEP des Schülers enthalten, Audioclips, Videoclips, gescannte Bilder und andere elektronisch aufgezeichnete oder produzierte Informationen, enthalten jedoch keine Aufzeichnungen über Unterricht, Aufsicht, Verwaltungs- oder Hilfspersonal, die im alleinigen Besitz des Herstellers verbleiben, werden nur als persönliche Erinnerungshilfe verwendet und sind keiner anderen Person zugänglich oder offengelegt.

Personenbezogene Daten bedeutet Informationen, anhand derer es möglich ist, einen Schüler mit hinreichender Sicherheit zu identifizieren, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die folgenden:

- den Namen des Schülers, der Eltern des Schülers oder eines anderen Familienmitglieds;
- die Adresse eines Studenten;
- eine persönliche Kennung wie die Sozialversicherungs- oder Studentenidentifikationsnummer des Studenten; und
- eine Liste mit persönlichen Merkmalen, einschließlich einer Behinderungskennzeichnung, die es ermöglichen würde, den Schüler mit hinreichender Sicherheit zu identifizieren.

Zugriff auf die Bildungsakte Ihres Kindes

Habe ich das Recht, die Bildungsakte meines Kindes einzusehen?

Sie oder Ihr Vertreter haben das Recht, die Bildungsbilanz Ihres Kindes in Bezug auf die Identifizierung, Bewertung, Bildungsplatzierung und Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind einzusehen und zu überprüfen. Die Schule muss Ihnen Einsicht in die Akte Ihres Kindes gewähren, es sei denn, das Gericht hat entschieden, dass Sie sie nicht sehen dürfen, oder Ihr Kind ist 18 Jahre alt geworden (und es wurde kein Vormund bestellt). Der nicht sorgeberechtigte Elternteil Ihres Kindes hat das gleiche Zugriffsrecht, es sei denn, die Schule hat einen Gerichtsbeschluss erhalten, der den Zugang des nicht sorgeberechtigten Elternteils zu den Aufzeichnungen beendet oder einschränkt. Wenn ein Datensatz Informationen enthält, die Ihr Kind und andere Kinder betreffen, haben Sie das Recht, nur die Informationen über Ihr Kind einzusehen.

Die Schule kann Ihnen die Gelegenheit, die Akte einzusehen, nicht unnötig verzögern und muss Ihnen die Akte innerhalb von 45 Kalendertagen nach Ihrer Anfrage zeigen **oder** vor einer Sitzung des Konferenzausschusses, einer Beilegungssitzung oder einer prozessualen Anhörung.

Das Recht auf Einsichtnahme und Überprüfung von Bildungsunterlagen beinhaltet das Recht:

- eine Erklärung und Interpretation der Aufzeichnungen Ihres Kindes durch das Schulpersonal;
- andere Vorkehrungen zur Überprüfung und Einsichtnahme treffen, einschließlich der Beschaffung einer Kopie der Aufzeichnungen, wenn Ihnen die Schule aufgrund des Versäumnisses, diese Kopien zur Verfügung zu stellen, die Möglichkeit nimmt, die Aufzeichnungen einzusehen und einzusehen;
- eine Kopie des Protokolls, wenn Sie an einer anhängigen Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren beteiligt sind; und
- Lassen Sie jemanden die Aufzeichnungen für Sie prüfen und überprüfen (mit Ihrer Zustimmung).

Die Schule kann Ihnen Kopien des Zeugnisses in Rechnung stellen, mit Ausnahme einer Kopie des Bewertungsberichts und des IEP, kann jedoch nicht mehr als die tatsächlichen Kosten der Vervielfältigung berechnen. Die Gebühr darf Sie nicht daran hindern, die Aufzeichnungen einzusehen oder Ihre Rechte zur Überprüfung oder Einsicht in die Aufzeichnungen auszuüben. Die Schule kann keine Gebühr für die Suche nach Aufzeichnungen erheben.

Muss die Schule jedes Mal meine Zustimmung einholen, wenn sie personenbezogene Daten über mein Kind offenlegen möchte?

Die Schule muss Ihre schriftliche Zustimmung einholen, bevor personenbezogene Daten über Ihr Kind an Personen weitergegeben werden dürfen, die nicht anderweitig gemäß FERPA berechtigt sind, darauf zuzugreifen, oder für andere Zwecke als die Erfüllung der Anforderungen der IDEA verwendet werden dürfen. Eine Bildungsagentur oder -einrichtung darf ohne Zustimmung der Eltern keine Informationen aus Bildungsunterlagen an teilnehmende Agenturen weitergeben, es sei denn, sie sind gemäß FERPA dazu berechtigt.

Die Schule kann verpflichtet oder berechtigt sein, den Bildungsnachweis des Schülers an andere weiterzugeben, beispielsweise an eine neue Schule, die der Schüler besuchen wird, oder an Strafverfolgungsbehörden, wenn kriminelle Aktivitäten gemeldet werden. Wenn ein Schüler an eine neue Schule wechselt, enthält die Akte des Schülers den aktuellen IEP und eine Erklärung zu Verhaltensweisen, die aktuelle oder frühere Disziplinarmaßnahmen erforderten. In anderen Situationen wird eine Erklärung zu Verhaltensweisen, die aktuelle oder frühere Disziplinarmaßnahmen erforderten, gemäß den Richtlinien zur Übermittlung von Aufzeichnungen von Schülern ohne Behinderungen übermittelt.

Es gibt eine Reihe von Situationen, in denen die Schule personenbezogene Daten über Ihr Kind ohne Ihre Zustimmung offenlegen kann. Die Schule kann Informationen ohne Ihre Zustimmung zu Folgendem offenlegen:

- andere autorisierte Schulbeamte oder Personen, die im Namen der Schule handeln;
- eine andere Schule, an der der Schüler eingeschrieben ist oder einzuschreiben beabsichtigt (die Schule muss jedoch angemessene Schritte unternehmen, um Sie über die Offenlegung zu informieren);
- Bundes- oder staatliche Bildungsbeamte für Prüfungs-, Bewertungs-, Akkreditierungs- oder Durchsetzungszwecke;
- im Zusammenhang mit der vom Studenten beantragten finanziellen Unterstützung;
- staatliche oder örtliche Jugendgerichtsbehörden gem Indiana Code (IC) 20-33-7-3;
- eine Organisation, die im Auftrag der Bildungsbehörden des Bundes oder der Länder eine Studie durchführt;
- als Reaktion auf eine gerichtliche Anordnung, eine rechtmäßig ausgestellte behördliche oder gerichtliche Vorladung;
- das Gericht (wenn die Schule rechtliche Schritte gegen Sie oder den Schüler eingeleitet hat oder wenn Sie oder der Schüler rechtliche Schritte gegen die Schule einleiten);
- geeignete Parteien in einem Gesundheits- oder Sicherheitsnotfall;
- eine akkreditierende Organisation (um die Akkreditierungsfunktionen der Organisation zu erleichtern);
- ein Elternteil eines Schülers unter 18 Jahren; oder
- ein Elternteil eines unterhaltsberechtigten Schülers im Sinne des Internal Revenue Code.

Darüber hinaus ist Ihre Zustimmung nicht erforderlich, damit die Schule Verzeichnisinformationen (Name, Adresse, Klassenstufe usw.) für Schulbilder, Jahrbücher, Preisverleihungen und ähnliche Veranstaltungen offenlegt. Der Sonderschuleintrag eines Schülers ist keine Verzeichnisinformation.

Wenn Sie sich weigern, der Weitergabe personenbezogener Daten zuzustimmen, wenn die Schule der Ansicht ist, dass die Weitergabe solcher Informationen erforderlich ist, kann die Schule eine Anhörung nach dem ordnungsgemäßen Verfahren einleiten, um die Weitergabe zu genehmigen. Wenn Sie der Meinung sind, dass die Schule gegen eine Vorschrift zu Bildungsunterlagen verstoßen hat, können Sie eine Beschwerde beim Family Policy Compliance Office des US-Bildungsministeriums einreichen 600 Independence Avenue, SW, Washington, D.C. 20202-5920.

Habe ich das Recht, die Aufzeichnungen meines Kindes einzusehen, wenn es ein erwachsener Student wird?

Bis Ihr Kind 18 Jahre alt ist, haben Sie Zugriff auf alle von der Schule geführten Bildungsunterlagen. Wenn ein Student 18 Jahre alt wird (und kein Vormund ernannt wird) oder wenn er oder sie Student an einer postsekundären Bildungseinrichtung wird, wird er oder sie ein „berechtigter Student“ und die Rechte gemäß FERPA gehen auf ihn/sie über. Eltern behalten jedoch Zugang zu Studentenunterlagen von Kindern, die ihre steuerlichen Unterhaltsberechtigten sind. Außerdem muss die Schule sowohl dem Schüler als auch den Eltern alle gemäß IDEA erforderlichen Mitteilungen zukommen lassen, wenn das Kind 18 Jahre alt wird.

Etwas in den Bildungsunterlagen Ihres Kindes ergänzen (ändern).

Wie ändere oder ergänze ich etwas im Bildungsnachweis meines Kindes?

Wenn Sie der Meinung sind, dass Informationen im Bildungsnachweis Ihres Kindes ungenau oder irreführend sind oder die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, können Sie die Schule bitten, den Nachweis zu ändern. Ihr unterzeichneter und datierter Änderungsantrag muss die Informationen enthalten, von denen Sie glauben, dass sie ungenau oder irreführend sind oder die Rechte Ihres Kindes anderweitig verletzen, und muss an den Direktor der Schule Ihres Kindes oder den örtlichen Direktor für Sonderpädagogik gesendet werden. Innerhalb von 10 Werktagen nach Erhalt Ihrer Anfrage teilt Ihnen die Schule mit, ob sie einer Änderung des Datensatzes zustimmt oder nicht. Wenn die Schule zustimmt, muss der Datensatz innerhalb einer angemessenen Frist geändert werden.

Was passiert, wenn die Schule meinen Antrag auf Änderung oder Ergänzung des Bildungsnachweises meines Kindes ablehnt?

Wenn die Schule sich weigert, die Aufzeichnungen zu ändern, muss sie Sie innerhalb von 10 Werktagen nach Erhalt Ihres Antrags auf Änderung der Aufzeichnungen schriftlich benachrichtigen und Sie darauf hinweisen, dass Sie das Recht auf eine Anhörung haben, um die im Bildungsnachweis des Kindes enthaltenen Informationen anzufechten. Wenn Sie eine Anhörung beantragen, um Informationen in der Akte Ihres Kindes anzufechten, muss die Schule die Anhörung durchführen. Eine Anhörung zur Änderung des Bildungsnachweises eines Schülers ist nicht dasselbe wie eine Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren für Sonderpädagogik und wird gemäß den Anforderungen von FERPA durchgeführt. Die Schule muss:

- die Anhörung innerhalb von 15 Werktagen nach Erhalt des Antrags auf Anhörung von Ihnen oder dem berechtigten Studenten abhalten;
- Ihnen oder dem berechtigten Studenten mindestens fünf (5) Werktage im Voraus das Datum, die Uhrzeit und den Ort der Anhörung schriftlich mitteilen; und
- geben Ihnen oder dem berechtigten Studenten eine umfassende und faire Gelegenheit, Beweise vorzulegen, die für die aufgeworfenen Fragen relevant sind. Sie oder der berechnigte Student können auf eigene Kosten oder auf eigene Kosten von einer oder mehreren Personen Ihrer Wahl, einschließlich eines Anwalts, unterstützt oder vertreten werden.

Jede Person, einschließlich eines Schulbeamten, die kein direktes Interesse am Ergebnis der Anhörung hat, kann die Anhörung durchführen. Der Anhörungsbeauftragte muss seine schriftliche Entscheidung innerhalb von 10 Werktagen nach Durchführung der Anhörung erlassen. Die Entscheidung des Anhörungsbeauftragten muss sich ausschließlich auf die bei der Anhörung vorgelegten Beweise stützen und muss eine Zusammenfassung der Beweise und die Gründe für die Entscheidung enthalten.

Wenn der Anhörungsbeauftragte als Ergebnis der Anhörung entscheidet, dass die fraglichen Informationen ungenau, irreführend oder eine Verletzung der Rechte Ihres Kindes sind, muss die Schule den Datensatz ändern und Sie schriftlich über die Änderung informieren. Wenn der Anhörungsbeauftragte feststellt, dass die fraglichen Informationen korrekt und nicht irreführend sind oder die Rechte Ihres Kindes verletzen, muss die Schule Sie über Ihr Recht informieren, eine Erklärung in den Bildungsnachweis Ihres Kindes aufzunehmen, in der die strittigen Informationen und Gründe für Ihre Ablehnung kommentiert werden. Die Schule muss Ihre Aussage in der Bildungsakte so lange aufbewahren, wie die Akte geführt wird, und wenn Unterlagen mit Ihrer schriftlichen Zustimmung an Dritte weitergegeben werden, werden auch Ihre Kommentare offengelegt.

Vernichtung von Aufzeichnungen

Die Schule bewahrt den Bildungsnachweis eines Schülers mindestens drei Jahre lang auf, nachdem der Schüler das Sonderschulprogramm verlassen hat.

Die Schule wird Sie informieren, wenn personenbezogene Daten, die die Schule gesammelt, gepflegt oder verwendet hat, nicht mehr benötigt werden, um dem Schüler Bildungsdienstleistungen zu erbringen. Sie können verlangen, dass die Schule diese Informationen vernichtet. Die Vernichtung von Informationen bedeutet, dass die Schule die Informationen entweder physisch vernichtet oder die persönlichen Kennungen entfernt, sodass die Informationen nicht mehr persönlich identifizierbar sind. Die Schule ist jedoch berechnigt, ohne zeitliche Begrenzung dauerhafte Aufzeichnungen zu führen, einschließlich des Namens, der Adresse, der Telefonnummer, der Noten, der Anwesenheitslisten, der besuchten Klassen, der abgeschlossenen Klassenstufe und des abgeschlossenen Jahres des Kindes. Weitere Einzelheiten finden Sie in der jährlichen Mitteilung, die die Schule veröffentlicht.

RECHTSÜBERTRAGUNG IM ALTER VON 18 JAHREN

Wenn ein Schüler das 18. Lebensjahr vollendet, gehen alle sonderpädagogischen Rechte, die dem Elternteil zustehen, auf den 18-jährigen Schüler über. wenn nicht:

- vom Gericht ein Betreuer bestellt wurde; oder
- ein Bildungsbeauftragter wurde ernannt.

Wurde ein Vormund vom Gericht bestellt, geht das Erziehungsrecht auf den Vormund über, sofern der Gerichtsbeschluss nichts anderes bestimmt. Ist ein Erziehungsbeauftragter bestellt, gehen die Erziehungsrechte auf den Erziehungsbeauftragten über.

Bei der CCC-Sitzung, bevor der Schüler 17 Jahre alt wird, muss die Schule Ihnen und dem Schüler schriftlich mitteilen, dass die Rechte im Alter von 18 Jahren übertragen werden. Die Schule muss Ihnen und dem Schüler auch schriftlich mitteilen, dass der Schüler 18 Jahre alt wird. Obwohl Sie als Elternteil weiterhin alle gemäß Artikel 7 erforderlichen Mitteilungen erhalten, trifft der Schüler alle Entscheidungen in Bezug auf seine sonderpädagogischen Leistungen, es sei denn, es wurde ein Vormund oder Erziehungsbeauftragter ernannt.

ANFORDERUNGEN FÜR DIE EINSEITIGE UNTERSTÜTZUNG VON KINDERN IN NICHTÖFFENTLICHEN (PRIVATE) SCHULEN AUF KOSTEN DER ÖFFENTLICHEN SCHULE

Die IDEA und Artikel 7 verlangen von der Schule nicht, die Kosten für die Bildung, einschließlich der Sonderpädagogik und damit verbundener Dienstleistungen, für einen Schüler mit einer Behinderung an einer nicht öffentlichen Schule zu übernehmen, wenn:

- die Schule hat dem Schüler ein FAPE zur Verfügung gestellt, und
- Sie haben sich entschieden, den Schüler an der nichtöffentlichen Schule unterzubringen.

Der Schulbezirk, in dem sich die nicht öffentliche Schule befindet, ist jedoch dafür verantwortlich, Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen zu identifizieren, zu bewerten und über einen Serviceplan für von den Eltern untergebrachte Schüler mit Behinderungen, die nicht öffentliche Schulen besuchen, verfügbar zu machen. Ein Schüler mit einer Behinderung, der einseitig an einer nicht öffentlichen Schule eingeschrieben ist, hat keinen Anspruch auf eine FAPE, hat jedoch Anspruch auf ein gewisses Maß an Sonderschulung und damit verbundenen Dienstleistungen.

Erstattung für die Unterbringung in einer nicht öffentlichen Schule und Einschränkungen bei der Erstattung

Wenn Ihr Kind zuvor Sonderunterricht und damit verbundene Leistungen durch die öffentliche Schule erhalten hat und Sie sich entscheiden, Ihr Kind ohne Zustimmung oder Überweisung durch die öffentliche Schule an einer nicht öffentlichen Vorschule, Grundschule oder weiterführenden Schule anzumelden, können Sie eine Erstattung von der öffentlichen Schule beantragen für die Kosten der nichtöffentlichen Schule.

Wenn Sie mit der öffentlichen Schule keine Einigung über die Frage der Erstattung erzielen können, können Sie eine prozessuale Anhörung beantragen, um das Problem zu lösen.

Der Anhörungsbeauftragte oder das Gericht kann von der Schule verlangen, Ihnen die Kosten für die nicht öffentliche Schule zu erstatten, wenn einer der beiden feststellt, dass:

- Die Schule hat dem Schüler nicht rechtzeitig vor der Einschreibung des Schülers in die nicht öffentliche Schule ein FAPE zur Verfügung gestellt, und
- Die nichtöffentliche Unterbringung ist angemessen (die nichtöffentliche Unterbringung kann auch dann als angemessen befunden werden, wenn sie nicht den für die öffentliche Schulbildung geltenden staatlichen Standards entspricht).

Der Anhörungsbeauftragte oder das Gericht kann die Erstattung kürzen oder verweigern, wenn sie Folgendes feststellen:

- Bei der letzten CCC-Sitzung, an der Sie teilgenommen haben, bevor Sie Ihr Kind von der öffentlichen Schule entfernt haben, haben Sie die CCC nicht darüber informiert, dass Sie die von der Schule in ihrem FAPE-Angebot vorgeschlagene Unterbringung ablehnen, einschließlich Ihrer Bedenken und Ihrer Absicht, Ihr Kind dort anzumelden eine nichtöffentliche Schule auf Kosten der öffentlichen Schule oder
- Sie haben der Schule nicht mindestens 10 Werktage vor der Entfernung Ihres Kindes schriftlich mitgeteilt, dass Sie die von der Schule in ihrem FAPE-Angebot vorgeschlagene Unterbringung ablehnen, einschließlich Ihrer Bedenken und Ihrer Absicht, Ihr Kind an einer nicht öffentlichen Schule anzumelden Kosten der Schule; und
- Bevor Sie Ihr Kind von der öffentlichen Schule entfernt haben, hat Ihnen die Schule die erforderliche schriftliche Mitteilung über die Absicht der Schule, das Kind zu bewerten, einschließlich einer angemessenen und angemessenen Erklärung des Grundes für die Bewertung, übermittelt, aber Sie haben Ihr Kind nicht zur Verfügung gestellt für die Auswertung.

Der Anhörungsbeauftragte oder das Gericht dürfen die Erstattung nicht kürzen oder verweigern, wenn Sie es versäumt haben, die oben aufgeführte schriftliche Mitteilung vorzulegen, wenn einer der beiden feststellt, dass:

- Die Bereitstellung der schriftlichen Mitteilung würde wahrscheinlich zu körperlichen Schäden für den Schüler führen;
- Die Schule hat Sie daran gehindert, die schriftliche Mitteilung zu erteilen; oder
- Sie hatten keine Kopie der Mitteilung erhalten, in der die schriftliche Mitteilungspflicht beschrieben wurde.

Das Gericht (aber nicht der Anhörungsbeauftragte) kann die Erstattung kürzen oder verweigern, wenn der Richter feststellt, dass Ihre Handlungen unangemessen waren.

SCHÜLER MIT BEHINDERUNGEN UND DISZIPLINARMASSNAHMEN

Der IDEA und Artikel 7 verwenden den Begriff „Entfernung“, um die Situation zu beschreiben, in der die Schule den Schüler aus

disziplinarischen Gründen einseitig von seinem/ihrem derzeitigen Praktikumsplatz entfernt. Eine kurzfristige Entfernung gemäß IEP des Studierenden gilt nicht als disziplinarische Entfernung. Eine Entfernung gilt als Suspendierung, es sei denn, die Entfernung erfüllt die Kriterien, die eine Entfernung als solche ausschließen, und die Schule muss die nach den Gesetzen von Indiana und Artikel 7 erforderlichen Suspendierungsverfahren befolgen.

Disziplinarischer Stellenwechsel

Ein Schüler mit einer Behinderung unterliegt denselben disziplinarischen Maßnahmen wegen Verstoßes gegen die Schulregeln wie jeder andere Schüler. Kommt es jedoch zu einem disziplinarischen Wechsel des Studienplatzes, gelten zusätzliche Verfahrensgarantien. EIN **disziplinarischer Ortswechsel** tritt ein, wenn der Schüler für mehr als 10 aufeinanderfolgende Schultage entfernt wird oder einer Reihe von Entfernungen ausgesetzt ist, die sich auf mehr als 10 Schultage in einem Schuljahr summieren und und stellt ein Muster dar.

Wenn die Anzahl der Tage der Suspendierung eines Schülers mit einer Behinderung einer Reihe von Entfernungen ausgesetzt war, die sich auf mehr als 10 Schultage summieren, muss der Schulleiter oder der Beauftragte des Schulleiters feststellen, ob die Reihe von Entfernungen ein Muster darstellt.

Wenn der Schulleiter oder Beauftragte feststellt, dass die Reihe von Entfernungen kein Muster darstellt, führt die aktuelle Entfernung nicht zu einer disziplinarischen Änderung der Unterbringung, und der Schulleiter oder Beauftragte muss die Verfahren zur Suspendierung eines Schülers befolgen, einschließlich Benachrichtigungen an die Eltern, und

- Das Schulpersonal muss in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Schülers bestimmen, inwieweit Dienstleistungen erforderlich sind, damit der Schüler weiterhin am allgemeinen Bildungslehrplan teilnehmen und Fortschritte beim Erreichen der IEP-Ziele des Schülers erzielen kann (obwohl dies der Fall sein könnte). während des Zeitraums der Entfernung/Suspendierung in einem anderen Rahmen durchgeführt).

Wenn der Auftraggeber oder Beauftragte feststellt, dass es sich um ein Muster handelt, wird die Entfernung/Suspendierung als disziplinarische Änderung der Unterbringung angesehen, und der Auftraggeber oder Beauftragte muss:

- Benachrichtigen Sie Sie am Tag der Entscheidung über die disziplinarische Änderung der Unterbringung und senden Sie Ihnen eine Kopie der Mitteilung (wenn die Schule Sie am Tag der Entscheidung nicht erreichen kann, muss die Schule Ihnen eine Mitteilung über die Disziplinarmaßnahme zusenden Änderung der Platzierung und Mitteilung am folgenden Geschäftstag); und
- Das CCC einberufen, um innerhalb von 10 Schultagen nach dem Datum der disziplinarischen Änderung der Platzierungsentscheidung eine Manifestationsfeststellung durchzuführen.

Manifestationsbestimmung

Wenn das CCC eine Manifestationsbestimmung durchführt, überprüft es alle relevanten vorhandenen Informationen über den Schüler, um festzustellen, ob das betreffende Verhalten/Verhalten:

- durch die Behinderung des Schülers verursacht wurde oder in direktem und wesentlichem Zusammenhang damit stand, oder
- war die direkte Folge des Versäumnisses der Schule, das IEP des Schülers umzusetzen.

Wenn das CCC feststellt, dass eines dieser beiden zutrifft, wird das Verhalten/das Verhalten des Schülers als Manifestation der Behinderung des Schülers bestimmt, und das CCC muss:

- Führen Sie eine funktionale Verhaltensbewertung (FBA) durch und entwickeln Sie einen Verhaltensinterventionsplan (BIP), es sei denn, eine FBA wurde durchgeführt, bevor das Verhalten zu Disziplinarmaßnahmen führte. Wenn zuvor ein FBA durchgeführt wurde, muss das CCC einen BIP entwickeln, um das Verhalten des Schülers zu berücksichtigen; oder
- Überprüfen Sie einen bestehenden BIP und ändern Sie ihn nach Bedarf, um das aktuelle Verhalten/Verhalten anzugehen, das zu Disziplinarmaßnahmen geführt hat.

Sofern der Schüler nicht in einem IAES untergebracht wurde oder Sie und die Schule einem Wechsel der Unterbringung im Rahmen des BIP zustimmen, muss die Schule den Schüler in die Unterbringung zurückbringen, aus der er/sie entfernt wurde.

Wenn festgestellt wird, dass das Verhalten/das Verhalten kein Ausdruck der Behinderung des Schülers ist, kann die Schule Disziplinarmaßnahmen auf die gleiche Weise verhängen wie bei Schülern ohne Behinderung. Das CCC muss die angemessenen Dienstleistungen festlegen, die dem Studenten während der Zeit des Umzugs zu erbringen sind, einschließlich der Dienstleistungen, die erforderlich sind, um:

- weiterhin am allgemeinbildenden Lehrplan teilnehmen, wenn auch in anderem Rahmen;
- Fortschritte beim Erreichen der IEP-Ziele; und
- gegebenenfalls einen FBA und Verhaltensinterventionsdienste und -modifikationen erhalten, um zu verhindern, dass sich das Verhalten/Verhalten wiederholt.

Sollen diese Dienste in einem IAES erbracht werden, bestimmt der CCC auch die konkrete Einstellung.

Wenn Sie mit der Feststellung des CCC nicht einverstanden sind, dass das Verhalten/das Verhalten kein Ausdruck der Behinderung des Schülers ist, können Sie eine Schlichtung und/oder eine Anhörung im Rahmen des ordnungsgemäßen Verfahrens beantragen. Die ordnungsgemäße Anhörung in dieser Situation wird beschleunigt. (Siehe Abschnitt über **Beschleunigte ordnungsgemäße Anhörungen und Einsprüche** unter.)

Interim Alternative Educational Setting (IAES) für Waffen, Drogen oder schwere Körperverletzung

Die Schule kann einen Schüler mit einer Behinderung für bis zu 45 Schultage von einer IAES entfernen, wenn der Schüler während seiner Schulzeit, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung im Zuständigkeitsbereich des IDOE oder einer öffentlichen Behörde:

- Trägt eine Waffe zur Schule oder besitzt eine Waffe;
- Wissentlich illegale Drogen besitzt oder verwendet oder eine kontrollierte Substanz verkauft oder zum Verkauf auffordert; oder
- einer anderen Person eine schwere Körperverletzung zugefügt hat.

Waffe umfasst alles Folgende:

- Eine gefährliche Waffe ist laut Bundesgesetz definiert als „jede Waffe, jedes Gerät, jedes Instrument, jedes Material oder jede Substanz, belebt oder unbelebt, die dazu verwendet wird oder ohne Weiteres in der Lage ist, den Tod oder eine schwere Körperverletzung zu verursachen, mit der Ausnahme, dass dieser Begriff dies nicht umfasst ein Taschenmesser mit einer Klingenlänge von weniger als 2,5 Zoll.“
- Eine tödliche Waffe ist nach staatlichem Recht definiert als „(1) eine geladene oder ungeladene Schusswaffe. (2) ein zerstörerisches Gerät, eine Waffe, ein Gerät, ein Taser (wie in definiert IC 35-47-8-3) oder elektronische Betäubungswaffe (wie in definiert IC 35-47-8-1), Geräte, chemische Substanzen oder andere Materialien, die in der Art und Weise, wie sie verwendet werden oder normalerweise verwendet werden könnten oder verwendet werden sollen, leicht schwere Körperverletzungen verursachen können. (3) Ein Tier (wie in definiert IC 35-46-3-3), das heißt: (A) leicht in der Lage, schwere Körperverletzungen zu verursachen; und (B) bei der Begehung oder versuchten Begehung eines Verbrechens verwendet werden. (4) Eine biologische Krankheit, ein Virus oder ein Organismus, der schwere Körperverletzungen verursachen kann.“ Sehen IC 35-31.5-2-86.
- Eine Feuerwaffe, definiert durch staatliches Recht, ist "jede Waffe, die in der Lage ist, ein Projektil durch eine Explosion auszustoßen oder auszutreiben oder die leicht umgebaut werden kann, um ein Projektil auszustoßen". Sehen IC 35-47-1-5.

Illegale Droge bedeutet eine kontrollierte Substanz, schließt jedoch keine kontrollierte Substanz ein, die legal besessen ist oder unter der Aufsicht eines zugelassenen medizinischen Fachpersonals oder einer anderen Behörde gemäß dem Gesetz über kontrollierte Substanzen oder einer anderen Bestimmung des Bundesgesetzes verwendet wird.

Kontrollierte Substanz bedeutet ein Medikament oder eine andere Substanz, die unter den Anhängen identifiziert wird I, II, III, IV oder V im Abschnitt 202(c) des Betäubungsmittelgesetzes (21 US-Code (USC) 812(c)) oder IC 35-48-2.

Schwere Körperverletzung bedeutet Körperverletzung, die ein erhebliches Todesrisiko, extreme körperliche Schmerzen, langwierige oder offensichtliche Entstellung oder langwierigen Verlust oder Beeinträchtigung der Funktion eines Körperteils, Organs oder geistigen Vermögens beinhaltet.

Wenn die Schule beschließt, Ihr Kind wegen Waffen-, Drogen- oder schwerer Körperverletzung in einem IAES unterzubringen, muss die Schule:

- Ihnen diese Entscheidung mitteilen und Ihnen eine Kopie der Mitteilung zukommen lassen; und
- Ein CCC-Meeting einberufen und innerhalb von 10 Schultagen nach dem Datum der Entscheidung, den Schüler in ein IAES einzuordnen, eine Manifestationsbestimmung durchführen.

Selbst wenn das CCC feststellt, dass das Verhalten des Schülers/das Verhalten ein Ausdruck der Behinderung des Schülers ist, bleibt der Schüler bis zu 45 Schultage im IAES.

Zusätzlich zur Bestimmung der Manifestation muss das CCC die IAES und die entsprechenden Dienste bestimmen, die erforderlich

sind, damit der Student:

- weiterhin am allgemeinbildenden Curriculum teilnehmen, wenn auch in einem anderen Rahmen,
- Fortschritte beim Erreichen der IEP-Ziele; und
- gegebenenfalls einen FBA und Verhaltensinterventionsdienste und -modifikationen erhalten, um zu verhindern, dass sich das Verhalten/Verhalten wiederholt.

Wenn Sie mit der von der Schule als IAES vorgeschlagenen Unterbringung nicht einverstanden sind, können Sie eine Schlichtung oder eine Anhörung nach einem ordnungsgemäßen Verfahren beantragen, um die Meinungsverschiedenheit zu lösen. (Siehe Abschnitt über **Beschleunigte ordnungsgemäße Anhörungen und Einsprüche** unter.)

Interimsalternative Bildungseinrichtung für Schüler, die ein Risiko für sich selbst oder andere darstellen

Ein Schüler mit einer Behinderung kann auch von einem IAES entfernt werden, wenn ein Anhörungsbeauftragter auf Antrag der Schule für eine beschleunigte Anhörung feststellt, dass eine erhebliche Wahrscheinlichkeit besteht, dass der Schüler an seinen aktuellen Platz (den Platz des Schülers vor seiner Entfernung) zurückgebracht wird) zu Verletzungen des Schülers oder anderer Personen führen. Der Anhörungsbeauftragte kann diesen Wechsel der Unterbringung zu einem IAES für bis zu 45 Schultage anordnen.

Verweisung an und Maßnahmen von Strafverfolgungs- und Justizbehörden

Die IDEA und Artikel 7:

- der Schule verbieten, eine von einem Schüler mit einer Behinderung begangene Straftat den zuständigen Behörden zu melden, oder
- Um die Strafverfolgungs- und Justizbehörden der Bundesstaaten daran zu hindern, ihrer Verantwortung in Bezug auf die Anwendung von Bundes- und Landesrecht auf Straftaten nachzukommen, die von einem Schüler mit einer Behinderung begangen wurden, meldet die Schule eine Straftat, die von einem Schüler mit einer Behinderung begangen wurde.

Wenn die Schule eine von einem Schüler mit einer Behinderung begangene Straftat anzeigt, geht die Schule wie folgt vor:

- muss sicherstellen, dass Kopien der sonderpädagogischen und disziplinarischen Aufzeichnungen des Schülers zur Prüfung an die Behörden übermittelt werden, denen die Schule die Straftat anzeigt, und
- darf eine Kopie des Bildungsnachweises des Schülers ohne vorherige Einholung der Zustimmung der Eltern nur in dem von FERPA erlaubten und geforderten Umfang übermitteln IC 20-33-7-3.

SCHUTZ FÜR SCHÜLER, DIE NOCH NICHT BERECHTIGT SIND

Ein Schüler, der noch nicht als sonderschulfähig eingestuft wurde und gegen den Disziplinarmaßnahmen verhängt wurden, kann von den Schutzmaßnahmen und Garantien des Artikels 7 erfasst werden, wenn die Schule Kenntnis davon hat oder davon ausgegangen wird, dass sie Kenntnis davon hat, dass der Schüler ein Schüler mit einer Behinderung ist bevor das Verhalten, das zu Disziplinarmaßnahmen führte, aufgetreten ist. Wenn die Schule Kenntnis davon hat, dass der Schüler möglicherweise eine Behinderung hat, muss die Schule dem Schüler den gleichen Schutz bieten wie einem Schüler mit einer Behinderung, der disziplinarischen Maßnahmen unterzogen wird. (Sehen **Studierende mit Behinderungen und Disziplinarmaßnahmen** Oben.)

Es wird davon ausgegangen, dass die Schule Kenntnis davon hat, dass der Schüler möglicherweise eine Behinderung hat, wenn:

- Sie haben gegenüber dem lizenzierten Schulpersonal schriftlich Bedenken geäußert, dass der Schüler Sonderpädagogik benötigt;
- Sie haben eine Bewertung des Schülers angefordert; oder
- Der Lehrer des Schülers oder anderes Schulpersonal hat gegenüber dem Aufsichtspersonal der Schule konkrete Bedenken hinsichtlich eines Verhaltensmusters des Schülers geäußert.

Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Schule keine Kenntnis davon hat, dass der Schüler möglicherweise eine Behinderung hat, und der Schüler hat keinen Anspruch auf den Schutz, wenn:

- Sie haben der Schule nicht erlaubt, eine Bewertung durchzuführen;
- Sie haben Dienstleistungen gemäß Artikel 7 oder der IDEE abgelehnt; oder
- Die Schule hat eine Bewertung durchgeführt, das CCC hat festgestellt, dass der Schüler nicht teilnahmeberechtigt ist, und die Schule hat Ihnen mitgeteilt, dass der Schüler nicht teilnahmeberechtigt ist.

Wenn eine Schule nicht weiß, dass Ihr Kind eine Behinderung hat, bevor sie Disziplinarmaßnahmen ergreift, kann Ihr Kind denselben Disziplinarmaßnahmen unterzogen werden wie Kinder ohne Behinderungen, die sich an vergleichbaren Verhaltensweisen im Einklang mit den folgenden Einschränkungen beteiligen:

- Wenn Sie während des Zeitraums, in dem Ihr Kind suspendiert, ausgewiesen oder in einem IAES untergebracht ist, einen Antrag auf eine Erstbeurteilung Ihres Kindes gestellt haben, muss die Beurteilung durchgeführt werden und das CCC muss innerhalb von 20 Schultagen nach dem Datum einberufen werden Sie haben der Auswertung schriftlich zugestimmt.
- Bis zum Abschluss der Begutachtung verbleibt Ihr Kind in dem von der Schulbehörde festgelegten Unterrichtsplatz, was eine Suspendierung oder einen Ausschluss ohne schulische Leistungen beinhalten kann.
- Wenn festgestellt wird, dass Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, muss die Schule unter Berücksichtigung der Informationen aus der von der Schule durchgeführten Bewertung und der von Ihnen bereitgestellten Informationen Sonderunterricht und damit verbundene Dienstleistungen gemäß IDEA und Artikel 7 anbieten.

BESCHWERDEN

Eine Beschwerde ist eine schriftliche, unterschriebene Behauptung, dass die Schule eine oder mehrere der Verfahrensanforderungen staatlicher oder bundesstaatlicher Gesetze, Vorschriften, Regeln oder Konstruktionen, die die Sonderpädagogik regeln, nicht erfüllt. Es wird der Abteilung zur Untersuchung gemäß den Anforderungen von Artikel 7 vorgelegt.

Wer kann eine Beschwerde einreichen?

Jede Einzelperson, Personengruppe, Agentur oder Organisation kann beim IDOE schriftlich oder elektronisch eine Beschwerde einreichen, in der behauptet wird, dass die Schule die Anforderungen von Artikel 7 oder IDEA nicht erfüllt. Sie können auch eine Beschwerde einreichen, wenn die Schule Anordnungen nicht nachkommt, die von einem unabhängigen Anhörungsbeauftragten (IHO) als Ergebnis einer ordnungsgemäßen Anhörung erlassen wurden.

Was muss die Beschwerde enthalten?

Die Beschwerde muss:

- Schriftlich verfasst und vom Beschwerdeführer unterschrieben oder elektronisch über das Beschwerde-, Anhörungs- und Schlichtungsverfahren von Indiana eingereicht werden (I-CHAMP) Portal;
- Geben Sie den Namen und die Kontaktdaten des Beschwerdeführers an
- Fügen Sie eine Erklärung bei, in der behauptet wird, dass die Schule gegen eine Anforderung von Artikel 7 des IDEA oder der Bundesverordnung zur Umsetzung des IDEA verstoßen hat;
- Fakten angeben, auf denen der mutmaßliche Verstoß beruht; und
- Wenn die Beschwerde einen Verstoß in Bezug auf einen bestimmten Schüler behauptet, muss die Beschwerde auch Folgendes enthalten:
 - Name und Anschrift des Wohnorts des Studierenden;
 - Der Name des Schülers und verfügbare Kontaktinformationen, wenn der Schüler ein obdachloser Schüler ist;
 - Der Name der Schule, die der Schüler besucht;
 - Eine Beschreibung der Art der mutmaßlichen Verstöße in Bezug auf den Schüler, einschließlich der Fakten im Zusammenhang mit dem mutmaßlichen Verstoß; und
 - Ein Lösungsvorschlag für das Problem, soweit dem Beschwerdeführer zu diesem Zeitpunkt bekannt und verfügbar.

Die Beschwerde muss einen Verstoß geltend machen, der nicht mehr als 1 Jahr vor dem Datum der Beschwerde aufgetreten ist. Die Beschwerde muss an die Abteilung und den für den Schüler zuständigen Schulbezirk gerichtet werden. Ein ausfüllbares Muster-PDF-Formular für die Einreichung einer Beschwerde in Papierform finden Sie unter:

<https://www.in.gov/doi/students/special-education/dispute-resolution/>.

Wenn Sie Ihren Beschwerdeantrag elektronisch einreichen möchten, können Sie ihn über einreichen I-CHAMP:

<https://ichamp.doe.in.gov>

Was passiert, nachdem eine Beschwerde eingereicht wurde, und wie lange dauert die Untersuchung?

Die Schule hat ab dem Datum, an dem sie Ihre Beschwerde erhält, 10 Kalendertage Zeit, um:

- Beantworten Sie die Beschwerde schriftlich und leiten Sie die Antwort an die Abteilung und an Sie, den Beschwerdeführer,

weiter.

- Klären Sie die Beschwerde mit Ihnen, bereiten Sie eine schriftliche Vereinbarung vor, die Sie und die Schule beide unterzeichnen, und leiten Sie die Vereinbarung an die Abteilung weiter, in der Sie angeben, ob noch Fragen zu untersuchen sind.
- Holen Sie Ihre schriftliche Zustimmung zur Teilnahme an der Mediation ein (Sie müssen der Teilnahme an der Mediation zustimmen, damit die Mediation stattfinden kann); oder
- Benachrichtigen Sie die Abteilung, um mit der Untersuchung der Beschwerde zu beginnen.

Wenn Sie und die Schule zustimmen, bei den mutmaßlichen Verstößen zu schlichten, muss die Schlichtung innerhalb von 20 Kalendertagen ab dem Datum erfolgen, an dem Sie und die Schule sich schriftlich auf eine Schlichtung geeinigt haben. Wenn die Mediation erfolgreich ist, muss die Mediationsvereinbarung an die Abteilung gesendet werden. Wenn Sie und die Schule einige, aber nicht alle Probleme lösen, wird die Abteilung alle ungelösten Probleme untersuchen.

Wenn die Schule nicht innerhalb der ersten 10 Tage antwortet, beginnt die Abteilung am 11. Tag mit der Untersuchung aller Probleme in der Beschwerde. Die Abteilung wird einen Beschwerdeprüfer ernennen, der Sie und die Schule kontaktieren wird, um Informationen zu erhalten, die für eine unabhängige Feststellung, ob ein Verstoß vorliegt, erforderlich sind.

Der Ermittler überprüft alle relevanten Informationen, trifft eine Entscheidung und erstellt einen Bericht, der die Tatsachenfeststellungen, Schlussfolgerungen und ggf. Korrekturmaßnahmen des Ermittlers enthält. Der Prüfer wird Ihnen und der Schule innerhalb von 40 Kalendertagen nach Einreichung der Beschwerde eine Kopie des Berichts zusenden, es sei denn, dem Prüfer wurde aufgrund außergewöhnlicher Umstände oder auf gegenseitigen Wunsch des Beschwerdeführers zusätzliche Zeit gewährt, um die Untersuchung abzuschließen der Schule, um die Zeit für die Mediation zu verlängern.

Was ist, wenn ich mit dem Bericht des Beschwerdeprüfers nicht einverstanden bin?

Wenn Sie mit dem Untersuchungsbericht der Beschwerde nicht einverstanden sind, können Sie eine erneute Überprüfung beantragen, indem Sie innerhalb von 10 Kalendertagen nach Ausstellung des Berichts an die Abteilung schreiben. Ihr schriftlicher Antrag auf erneute Überprüfung muss die spezifischen Teile des Berichts enthalten, die Sie erneut prüfen möchten, sowie spezifische Fakten, die Ihren Antrag auf Änderung des Berichts stützen. Die Schule hat auch das Recht, nach dem gleichen Verfahren eine erneute Prüfung zu beantragen. Wenn Sie eine erneute Prüfung beantragen, ist die Antwort des Abteilungsleiters innerhalb von 60 Kalendertagen nach Eingang der ursprünglichen Beschwerde bei der Abteilung fällig, es sei denn, es wurde eine Fristverlängerung zum Abschluss der Untersuchung beantragt und aufgrund außergewöhnlicher Umstände gewährt oder dem Beschwerdeführer und die Schule, die Zeit für die Teilnahme an der Mediation zu verlängern. Der Abteilungsleiter sendet die Antwort auf den Antrag auf erneute Prüfung an Sie und die Schule.

Ebenfalls . . .

- Wenn eine Beschwerde Sachverhalte enthält, die auch Gegenstand einer Anhörung nach dem ordnungsgemäßen Verfahren sind, wird die Abteilung alle vom IHO behandelten Sachverhalte bis zum Abschluss der Anhörung nach dem ordnungsgemäßen Verfahren beiseite legen.
- Alle Angelegenheiten, die nicht Teil der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren sind, werden gemäß den Anforderungen von Artikel 7 untersucht.
- Wenn Sie eine Beschwerde einreichen, die ein Problem betrifft, das zuvor durch eine ordnungsgemäße Anhörung mit denselben Parteien entschieden wurde, wird die Abteilung Sie darüber informieren, dass die Entscheidung des IHO bindend ist.

MEDIATION

Mediation ist ein freiwilliger Prozess, der Ihnen und der Schule helfen kann, eine Meinungsverschiedenheit über die Identifizierung oder Berechtigung Ihres Kindes als Behinderte, die Angemessenheit der Bewertung oder vorgeschlagene oder aktuelle Dienste oder Unterbringung, die Bereitstellung eines FAPE oder die Erstattung von Leistungen, die Sie in Anspruch genommen haben, zu lösen privat. Zur Lösung einer Beschwerde ist auch eine Mediation möglich.

Mediation ist eine Möglichkeit, Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und der Schule mit Hilfe einer unparteiischen dritten Person, die in effektiven Mediationstechniken geschult wurde, zu besprechen und zu lösen. Da es sich um einen freiwilligen Prozess handelt, müssen sowohl Sie als auch die Schule der Teilnahme zustimmen, damit die Mediationssitzung stattfinden kann. Die Mediationssitzung wird rechtzeitig angesetzt und an einem Ort abgehalten, der für die Streitparteien günstig ist.

Ein Mediator trifft keine Entscheidungen; er oder sie erleichtert Diskussionen und Entscheidungsfindung. Die Gespräche in einer

Schlichtungssitzung sind vertraulich und dürfen nicht als Beweismittel in späteren ordentlichen Anhörungen oder Zivilgerichtsverfahren verwendet werden. Wenn das Mediationsverfahren zu einer vollständigen oder teilweisen Einigung führt, erstellt der Mediator eine schriftliche Mediationsvereinbarung, die von Ihnen und dem Vertreter der Schule unterzeichnet werden muss. Neben der Beschreibung der Dinge, denen Sie zugestimmt haben, wird in der Mediationsvereinbarung festgelegt, dass alle Gespräche, die während der Mediation stattgefunden haben, vertraulich sind und nicht als Beweismittel in einem ordnungsgemäßen Verfahren oder einem anderen Zivilgerichtsverfahren verwendet werden dürfen. Die unterzeichnete Vereinbarung ist sowohl für Sie als auch für die Schule rechtsverbindlich und vor Gericht durchsetzbar. Sie können sich auch dafür entscheiden, die Mediationsvereinbarung durch das von der Abteilung durchgeführte Beschwerdeuntersuchungsverfahren durchzusetzen.

Wann ist Mediation möglich?

Mediation steht zur Verfügung, um Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und der Schule in Bezug auf die Identifizierung, Bewertung, Unterbringung, Dienstleistungen oder die Bereitstellung eines FAPE für Ihr Kind zu lösen. Die Schule kann auch eine Schlichtung beantragen, um Ihre formelle Beschwerde wegen Verfahrensverstößen zu lösen. Sie können eine Mediation vor, gleichzeitig oder nach der Beantragung einer prozessualen Anhörung beantragen. Durch die Beantragung einer Mediation wird weder eine ordnungsgemäße Anhörung verhindert noch verzögert, noch werden durch die Mediation irgendwelche Ihrer anderen Rechte verweigert. Sie oder die Schule können eine Mediation vorschlagen, die beginnt, wenn beide der Teilnahme zustimmen. Die Teilnahme an der Mediation ist sowohl für Sie als auch für die Schule freiwillig.

Wie beantrage ich eine Mediation?

Nur ein Elternteil oder eine Schule kann eine Mediation beantragen. Um den Prozess einzuleiten, müssen Sie und die Schule beide unterschreiben a Antrag auf Vermittlung Formular, das dann per Post oder elektronisch an die Abteilung gesendet wird Eine Papierkopie der Antrag auf Vermittlung Formulare sind bei der Schule oder beim Schulamt erhältlich. Es ist auch erhältlich unter: <https://www.in.gov/doi/students/special-education/dispute-resolution/>.

Wenn Sie Ihren Vermittlungsantrag elektronisch stellen möchten, können Sie ihn über einreichen I-CHAMP: <https://ichamp.doe.in.gov>

Sobald der Antrag sowohl von Ihnen als auch von der Schule unterzeichnet wurde, wird die Abteilung einen Mediator benennen, der Sie und die Schule kontaktieren wird, um ein zeitnahes Treffen an einem geeigneten Ort zu vereinbaren.

Wie wird ein Mediator ausgewählt und muss ich den Mediator bezahlen?

Die Abteilung führt eine Liste von Mediatoren, die geschult, qualifiziert und mit den Gesetzen und Vorschriften in Bezug auf die Bereitstellung von Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen vertraut sind. Ein Mediator wird auf Basis einer allgemeinen Rotation zugewiesen.

Kein Mitarbeiter von IDOE (einschließlich der Abteilung), einer örtlichen Schulbehörde oder einer anderen öffentlichen Stelle, die Sonderpädagogik anbietet, ist berechtigt, ein Mediator zu sein. Mediatoren dürfen in keinem persönlichen oder beruflichen Interessenkonflikt stehen. Mediatoren gelten nicht nur deshalb als Angestellte, weil sie für die Erbringung dieser Dienstleistung bezahlt werden. Die Kosten des Mediationsverfahrens trägt die Abteilung.

Die Schule kann Verfahren festlegen, um Ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich zu einem geeigneten Zeitpunkt und an einem geeigneten Ort zu treffen, um jemanden von einem Elterntrainingszentrum, einem kommunalen Eltern-Ressourcenzentrum oder einer alternativen Streitbeilegungsstelle zu haben, um die Vorteile des Mediationsprozesses zu besprechen, wenn Sie sich dagegen entschieden haben an der Mediation mit der Schule teilzunehmen. Die Abteilung muss jedoch alle von der Schule eingerichteten Verfahren genehmigen, bevor sie umgesetzt werden können, und die Verfahren können nicht dazu verwendet werden, Ihr Recht auf eine ordnungsgemäße Anhörung zu verzögern oder zu verweigern, wenn Sie die Teilnahme an einem solchen Treffen ablehnen. Die Kosten für diese Sitzungen trägt die Abteilung.

ORDNUNGSGEMÄßE ANHÖRUNGEN, GERICHTSVERFAHREN und RECHTSANWALTSGEBÜHREN

Eine prozessuale Anhörung ist ein formelles Verfahren, in dem einem IHO Beweise vorgelegt werden, um einen Streit zwischen Ihnen und der Schule bezüglich der Feststellung und Eignung Ihres Kindes als Behinderter, der Angemessenheit einer Bewertung oder vorgeschlagener oder aktueller Unterbringung und Dienstleistungen oder anderer Streitigkeiten beizulegen einschließlich der Bereitstellung eines FAPE.

Ein Antrag auf eine prozessuale Anhörung muss innerhalb von 2 Jahren nach dem Datum gestellt werden, an dem Sie von der angeblichen Handlung, die die Grundlage Ihres Rechtsstreits mit der Schule darstellt, wussten oder hätten wissen müssen. Diese

Zweijahresfrist gilt nicht, wenn Sie daran gehindert waren, die Anhörung zu beantragen, weil die Schule falsche Angaben darüber gemacht hat, dass sie das von Ihnen beanstandete Problem gelöst hat, oder wenn die Schule Ihnen sachdienliche Informationen vorenthalten hat. Nur ein Elternteil, die Schule oder das IDOE können eine prozessuale Anhörung bezüglich eines Schülers mit einer Behinderung beantragen. Die Schule muss Ihnen Informationen über kostenlose oder kostengünstige Rechts- und andere relevante Dienstleistungen in Ihrer Nähe zur Verfügung stellen, wenn Sie eine prozessuale Anhörung einreichen oder auf Ihre Anfrage hin.

Wie beantrage ich eine prozessuale Anhörung?

Um eine prozessuale Anhörung zu beantragen, müssen Sie einen unterschriebenen schriftlichen Antrag senden, der Folgendes enthält:

- Name und Adresse des Schülers (oder Name und verfügbare Kontaktinformationen für obdachlose Schüler);
- Der Name der Schule, die der Schüler besucht;
- Die Gründe für den Anhörungsantrag, inkl
 - Eine Beschreibung der Art des Problems und
 - Alle Fakten im Zusammenhang mit dem Problem; und
- Ein Lösungsvorschlag für das Problem, soweit bekannt und Ihnen zu diesem Zeitpunkt verfügbar.

Der Antrag ist gleichzeitig an die Schulaufsichtsbehörde und den Schulbezirk zu richten. Ein Musterformular für die Beantragung einer Anhörung ist bei der Abteilung erhältlich unter:

<https://www.in.gov/doi/students/special-education/dispute-resolution/>.

Wenn Sie Ihren Antrag auf ordnungsgemäße Anhörung elektronisch einreichen möchten, können Sie ihn über einreichen I-CHAMP <https://ichamp.doe.in.gov>

Was passiert, nachdem ich einen Antrag auf eine prozessuale Anhörung gestellt habe?

Sobald ein Antrag auf Anhörung eingegangen ist, wird ein IHO ernannt und er/sie erhält eine Kopie Ihres Antrags auf Anhörung. Ansonsten bleibt Ihre Anfrage vertraulich. Die Abteilung sendet Ihnen und der Schule einen Brief, in dem Sie über die Ernennung des Anhörungsbeauftragten informiert werden. Darüber hinaus muss die Schule bestimmte Anforderungen innerhalb bestimmter Fristen erfüllen, nachdem sie Ihren Antrag auf eine prozessuale Anhörung erhalten hat (weitere Einzelheiten siehe unten). Die Schule muss Sie auch über die Verfügbarkeit von Mediation und kostenlosen oder kostengünstigen Rechts- und anderen relevanten Dienstleistungen in der Region informieren.

Welche Maßnahmen muss die Schule ergreifen, sobald sie meinen Antrag auf eine ordnungsgemäße Anhörung erhält?

Innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erhalt Ihres Antrags auf eine prozessuale Anhörung muss die Schule Sie übersenden written response in Bezug auf den Gegenstand Ihres Antrags auf ordnungsgemäße Anhörung, einschließlich, falls nicht bereits bereitgestellt:

- Eine Erklärung, warum die Schule vorgeschlagen oder abgelehnt hat, die Maßnahme zu ergreifen, die Gegenstand der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren ist;
- Eine Beschreibung der vom CCC erwogenen Optionen und der Gründe für ihre Ablehnung;
- Eine Beschreibung jedes Bewertungsverfahrens, jeder Bewertung, jeder Aufzeichnung oder jedes Berichts, die die Schule als Grundlage für ihre Entscheidung verwendet hat;
- Eine Beschreibung der Faktoren, die nach Ansicht der Schule für ihren Vorschlag oder ihre Ablehnung relevant sind; und
- Eine Antwort, die speziell auf die im Antrag auf Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren angesprochenen Probleme eingeht.

Wenn die Schule der Ansicht ist, dass Ihr Antrag auf ordnungsgemäße Anhörung nicht alle oben aufgeführten erforderlichen Informationen enthält, kann sie Ihnen und dem Anhörungsbeauftragten ein Schreiben senden, in dem angegeben wird, dass Ihr Antrag nicht den Anforderungen entspricht. Wenn die Schule dieses Schreiben versenden wird, muss sie dies innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt Ihres Antrags auf eine prozessuale Anhörung tun. Das IHO hat dann 5 Kalendertage Zeit, um zu entscheiden, ob Ihr Antrag ausreichend ist, und wird sowohl Sie als auch die Schule unverzüglich schriftlich über die Entscheidung informieren. Wenn der IHO der Schule zustimmt, muss er/sie feststellen, inwiefern Ihr Antrag unzureichend ist, damit Sie den Antrag gegebenenfalls ändern können. Wenn die Schule den Inhalt Ihres Antrags auf eine ordnungsgemäße Anhörung nicht in Frage stellt, wird davon ausgegangen, dass alle Anforderungen erfüllt sind.

Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt Ihres Antrags auf eine prozessuale Anhörung muss die Schule Ihnen Gelegenheit zu einem Schlichtungsgespräch geben, um zu sehen, ob die Angelegenheit gelöst werden kann. Informationen zur Beschlussfassungssitzung sind nachstehend beschrieben.

Was ist ein Resolution Meeting, wer nimmt daran teil und was passiert?

Vor der Gelegenheit für eine ordnungsgemäße Anhörung muss die Schule eine Sitzung einberufen, die als „Auflösungssitzung“ bezeichnet wird. An der Sitzung müssen ein Vertreter der Schule mit Entscheidungsbefugnis und relevante Mitglieder des CCC teilnehmen, die Informationen über die im Anhörungsantrag behaupteten Tatsachen haben. Wenn Sie Ihren Anwalt nicht zu diesem Treffen mitbringen, hat die Schule möglicherweise keinen Anwalt bei dem Treffen. Der Zweck dieses Treffens besteht darin, dass Sie Ihre Anfrage und die Fakten besprechen, die die Grundlage Ihrer Anfrage bildeten, damit die Schule die Möglichkeit hat, den Streit beizulegen. Sie können mit der Schule vereinbaren, ein alternatives Mittel zur Abhaltung der Beilegungssitzung zu verwenden (z. B. per Videokonferenz oder Telefonkonferenz).

Muss ich an der Beschlusssitzung teilnehmen?

Sie müssen nicht an einem Schlichtungsgespräch teilnehmen, wenn Sie und die Schule schriftlich vereinbaren, darauf zu verzichten, oder wenn Sie beide zustimmen, das Schlichtungsverfahren zu nutzen. Wenn es keine Vereinbarung gibt, auf die Beilegungssitzung zu verzichten oder die Mediation anzuwenden, müssen Sie an der Beilegungssitzung teilnehmen.

Wenn Sie nicht teilnehmen, verzögern sich die Fristen für den Lösungsprozess und die ordnungsgemäße Anhörung, bis die Versammlung abgehalten wird. Wenn Sie am Ende von 30 Kalendertagen ab dem Datum des Antrags auf ordnungsgemäße Anhörung nicht an der Beilegungssitzung teilgenommen haben und die Schule angemessene Anstrengungen unternommen hat, um Ihre Teilnahme zu erreichen, kann die Schule das IHO ersuchen, Ihren Antrag auf Abweisung abzulehnen eine prozessuale Anhörung.

Wenn die Schule nicht innerhalb von 15 Kalendertagen ab dem Datum Ihres Antrags auf eine ordnungsgemäße Anhörung das Beilegungstreffen abhält oder daran teilnimmt, können Sie das IHO bitten, die 45-Kalendertage-Frist für die ordnungsgemäße Anhörung zu beginnen.

Was ist, wenn die Schule und ich eine Einigung erzielen und die Probleme, die Gegenstand meines Anhörungsantrags sind, während des Schlichtungsgesprächs lösen?

Wenn Sie und die Schule bei diesem Treffen zu einer Einigung kommen, unterzeichnen Sie beide eine rechtsverbindliche schriftliche Vereinbarung, die vor einem zuständigen Gericht durchsetzbar ist. Nach der Unterzeichnung können entweder Sie oder die Schule die Vereinbarung kündigen, indem Sie die andere Partei innerhalb von 3 Werktagen schriftlich über das Datum der Unterzeichnung der Vereinbarung informieren. Die Beilegungsvereinbarung ist auch durch das von der Abteilung durchgeführte Beschwerdeuntersuchungsverfahren durchsetzbar.

Was ist, wenn wir auf das Beschlusstreffen verzichten oder keine Einigung erzielen?

Wenn Sie und die Schule sich schriftlich darauf einigen, auf das Schlichtungsgespräch zu verzichten, oder wenn Sie die Probleme nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang Ihres Antrags auf Anhörung bei der Schule lösen können, kann die ordnungsgemäße Anhörung fortgesetzt werden. Die Frist von 45 Kalendertagen für die Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren beginnt an diesem Punkt.

Kann ich meinen Antrag auf Anhörung ändern oder ergänzen, nachdem festgestellt wurde, dass er alle Anforderungen erfüllt?

Sobald festgestellt wurde, dass Ihr Antrag auf eine prozessuale Anhörung alle Anforderungen erfüllt, können Sie den Antrag nicht ändern oder Probleme hinzufügen, es sei denn, einer der folgenden Fälle tritt ein:

- Die Schule stimmt schriftlich zu, dass Sie Themen hinzufügen oder ändern können, und hat die Möglichkeit, eine Beschlusssitzung zu den neuen oder geänderten Themen durchzuführen, oder
- Das IHO erteilt Ihnen die Erlaubnis, Änderungen vorzunehmen (dies kann jedoch nicht innerhalb der letzten 5 Tage vor der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren erfolgen).

Wenn es Ihnen gestattet ist, Ihren Antrag auf eine Anhörung zu ändern oder Punkte hinzuzufügen, kann dies als erster Antrag auf eine Anhörung nach dem ordnungsgemäßen Verfahren behandelt werden, und alle Fristen und Ereignisse, wie z wieder beginnen.

Wann und wo findet die ordnungsgemäße Anhörung statt?

Bevor die Anhörung stattfindet, wird sich das IHO mit Ihnen und der Schule in Verbindung setzen, um Vorkehrungen für eine Voranhörungskonferenz zu treffen. Bei der Voranhörungskonferenz entscheiden Sie unter anderem, wann und wo die Anhörung

stattfindet. Die Anhörung findet zu einem Zeitpunkt und an einem Ort statt, der für Sie und die Schule angemessen ist. Das IHO informiert Sie schriftlich über Zeit und Ort der Anhörung sowie über weitere Verfahrensangelegenheiten.

Wer führt die ordnungsgemäße Anhörung durch?

Ein IHO führt die ordnungsgemäße Anhörung durch. Die Abteilung führt eine Liste von Personen, die als IHOs fungieren, zusammen mit einer Liste der Qualifikationen jeder Person. Personen, die als IHOs fungieren, dürfen keine Mitarbeiter des IDOE oder der Schulbehörde oder einer anderen öffentlichen Stelle sein, die an der Betreuung oder Ausbildung des Schülers beteiligt ist, und sie dürfen kein berufliches oder persönliches Interesse haben, das ihrer Objektivität bei der Durchführung der Anhörung widersprechen würde. Eine Person, die anderweitig für die Durchführung einer Anhörung qualifiziert ist, ist nur deshalb kein Mitarbeiter der Schule oder Behörde, weil sie von der Schule oder Behörde dafür bezahlt wird, als Anhörungsbeauftragter zu fungieren. Jeder IHO muss die in Artikel 7 festgelegten und vom Superintendenten des öffentlichen Unterrichts festgelegten Qualifikationen erfüllen.

Kann ich während der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren neue oder zusätzliche Probleme ansprechen?

Sie können bei der Anhörung keine Probleme ansprechen, die Sie nicht in Ihrem Anhörungsantrag enthalten haben, es sei denn, die Schule stimmt etwas anderem zu.

Welche Rechte habe ich und die Rechte der Schule während einer prozessualen Anhörung?

Sie und die Schule haben das Recht:

- von einem Rechtsbeistand oder von Personen mit Kenntnissen und Ausbildung in Bezug auf Sonderpädagogik oder die Probleme von Schülern mit Behinderungen begleitet und beraten werden;
- Beweise vorlegen, konfrontieren, ins Kreuzverhör nehmen und die Anwesenheit von Zeugen erzwingen;
- die Vorlage von Beweismitteln bei der Anhörung zu verbieten, die nicht mindestens 5 Werktage vor der Anhörung offengelegt wurden;
- Trennen Sie die Zeugen, damit sie die Aussagen anderer Zeugen nicht hören;
- einen Dolmetscher zur Verfügung stellen;
- Entdeckung durchführen;
- Erhalten Sie eine schriftliche oder elektronische wörtliche Niederschrift der Anhörung; und
- Erhalten Sie eine schriftliche oder elektronische Kopie der Tatsachenfeststellungen und Entscheidungen.

Als Elternteil haben Sie außerdem das Recht:

- Entscheiden Sie, ob Ihr Kind (das Gegenstand der Anhörung ist) an der Anhörung teilnehmen wird;
- Lassen Sie die Anhörung für die Öffentlichkeit öffnen oder schließen;
- Erstattung angemessener Anwaltsgebühren, wenn ein Gericht feststellt, dass Sie obsiegen; und
- Fordern Sie kostenlos eine schriftliche oder elektronische wörtliche Abschrift des Verfahrens sowie eine schriftliche oder elektronische Kopie der schriftlichen Entscheidung des Anhörungsbeauftragten an, einschließlich Tatsachenfeststellungen, Schlussfolgerungen und Anordnungen.

Vor der Anhörung haben Sie das Recht, die Bildungsakte Ihres Kindes einzusehen, zu überprüfen und eine Kopie davon zu erhalten, einschließlich aller Tests und Berichte, auf denen die von der Schule vorgeschlagene Maßnahme basiert.

Darüber hinaus müssen Sie und die Schule sich mindestens 5 Werktage vor dem Termin der Anhörung gegenseitig über alle Bewertungen informieren, die einer von Ihnen in der Anhörung zu verwenden beabsichtigt. Insbesondere müssen Kopien aller Bewertungen und Empfehlungen, die auf diesen Bewertungen basieren, bis zu dieser Frist ausgetauscht werden. Wenn Sie oder die Schule diese Angaben nicht rechtzeitig machen, kann das IHO die Beweise von der Anhörung ausschließen. Wenn eine Bewertung läuft und noch nicht abgeschlossen ist, ist es notwendig, sich gegenseitig und das IHO zu informieren.

Welche Befugnisse oder Ermessensspielräume hat der IHO?

Das IHO kann:

- Vorladungen ausstellen;
- Bestimmen Sie, ob Einzelpersonen in Bezug auf Sonderpädagogik sachkundig sind, um bei dem Verfahren behilflich zu sein;
- Fragen in der Anhörung formulieren und konsolidieren, um Klarheit zu schaffen;
- Verhindern Sie die Einführung von Bewertungen oder Empfehlungen, die der anderen Partei nicht rechtzeitig mitgeteilt wurden;
- Bestellen Sie, dass ein Student in ein IAES eingewiesen wird; und
- Entscheidung über alle anderen Angelegenheiten in Bezug auf die Durchführung der Anhörung nach dem ordnungsgemäßen Verfahren (vorbehaltlich einer behördlichen oder gerichtlichen Überprüfung).

Wie trifft die IHO die Entscheidung?

Die Entscheidung des IHO wird aus materiellen Gründen getroffen, basierend auf einer Feststellung, ob die Schule Ihrem Kind ein FAPE ausgestellt hat. Wenn Ihr Antrag auf eine Anhörung angebliche Verfahrensverstöße beinhaltet oder darauf beruht, kann der IHO nur dann feststellen, dass Ihr Kind keine FAPE erhalten hat, wenn er oder sie feststellt, dass die Verfahrensverstöße aufgetreten sind und dass sie:

1. das Recht Ihres Kindes auf ein FAPE beeinträchtigt haben,
2. Ihre Möglichkeit, am Entscheidungsprozess bezüglich der Bereitstellung von FAPE teilzunehmen, erheblich beeinträchtigt hat, oder
3. Ihrem Kind Bildungsleistungen vorenthalten.

Der IHO kann im Rahmen seiner Entscheidung und Anordnung der Schule die Einhaltung der Verfahrensvorschriften auferlegen.

Wann erhalte ich eine Kopie der schriftlichen Entscheidung des IHO?

Der Anhörungsbeauftragte muss die Anhörung durchführen und innerhalb von 45 Kalendertagen eine schriftliche Entscheidung erlassen, entweder ab: (1) dem Datum, an dem Sie und die Schule schriftlich vereinbart haben, auf das Beilegungstreffen zu verzichten, oder (2) dem 30. Kalendertag nach Eingang der Entscheidung bei der Schule Ihres Antrags auf eine Anhörung, wenn Sie und die Schule die Probleme nicht in der Schlichtung oder einem Schlichtungsgespräch während der Frist von 30 Kalendertagen gelöst haben. Wenn die Schule die Anhörung beantragt hat, muss das IHO die Anhörung durchführen und innerhalb von 45 Kalendertagen ab dem Datum, an dem Sie den Antrag der Schule auf Anhörung erhalten haben, eine schriftliche Entscheidung treffen. Die schriftliche Entscheidung des IHO wird den Parteien elektronisch übermittelt, wenn die Parteien das elektronische System des IDOE verwenden. Andernfalls wird die Entscheidung per Post zugestellt. Sie kann jedoch länger als 45 Kalendertage sein, wenn das IHO einem Antrag auf Fristverlängerung von Ihnen oder der Schule stattgibt. Die Entscheidung des IHO ist endgültig und die Anordnungen müssen umgesetzt werden, es sei denn, Sie oder die Schule legen gegen die Entscheidung Berufung ein, indem Sie eine gerichtliche Überprüfung beantragen.

Wer bezahlt die ordentliche Anhörung?

Die Schule ist für die Zahlung der Gebühren des IHO und des Gerichtsschreibers verantwortlich. Sie tragen Ihre Kosten für die Teilnahme an der prozessualen Anhörung (z. B. Zeugengebühren, Ihre Anwaltsgebühren, Kosten für das Kopieren von Dokumenten usw.). Unter bestimmten Umständen kann die Schule aufgefordert werden, Ihnen Ihre Anwaltsgebühren zu erstatten.

Was ist, wenn ich mit der schriftlichen Entscheidung des IHO nicht einverstanden bin?

Wenn Sie mit der schriftlichen Entscheidung des IHO nicht einverstanden sind, können Sie eine Überprüfung der Entscheidung durch ein zuständiges Zivilgericht beantragen. Ihr Antrag auf gerichtliche Überprüfung muss innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt der schriftlichen Entscheidung des IHO eingereicht werden.

Beschleunigte ordnungsgemäße Anhörungen und Einsprüche

Eine beschleunigte ordnungsgemäße Anhörung bedeutet, dass die ordnungsgemäße Anhörung durchgeführt und die Entscheidung innerhalb von 20 Schultagen nach Eingang des Antrags auf eine Anhörung bei der Schule gefällt wird. Die Entscheidung des IHO ist innerhalb von 10 Schultagen nach Durchführung der Anhörung fällig.

Eine beschleunigte ordnungsgemäße Anhörung ist nur in drei Situationen möglich:

- wenn Sie mit der Feststellung der Schule nicht einverstanden sind, dass das Verhalten des Schülers keine Manifestation der Behinderung des Schülers ist;
- wenn Sie mit dem fachrichtungsbezogenen Wechsel des Studienplatzes nicht einverstanden sind; oder
- wenn die Schule der Ansicht ist, dass die Rückkehr des Schülers zu seiner aktuellen Unterbringung (der Unterbringung vor der Verlegung) mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung des Schülers oder anderer führen wird.

Ein Antrag auf eine beschleunigte Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren wird auf die gleiche Weise gestellt wie ein Antrag auf alle anderen Anhörungen zum ordnungsgemäßen Verfahren. Eine Schlichtungssitzung muss innerhalb von 7 Kalendertagen nach dem Datum des Antrags auf Anhörung stattfinden, es sei denn, Sie und die Schule einigen sich darauf, auf die Sitzung zu verzichten oder stattdessen an einer Schlichtung teilzunehmen. Die Hinlänglichkeitsvoraussetzungen des Antrags auf ein ordnungsgemäßes Verfahren sind bei einer beschleunigten Anhörung nicht anwendbar.

Wenn die Probleme nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach dem Datum des Antrags auf Anhörung gelöst wurden, kann die Anhörung fortgesetzt werden. Das IHO darf in einer beschleunigten Anhörung keine Fristverlängerung gewähren.

Kann der IHO die Unterbringung meines Kindes zu einem IAES ändern, wenn es ein Risiko darstellt, sich selbst oder anderen Schaden zuzufügen?

Ja. Wenn die Schule durch stichhaltige Beweise nachweist, dass die Gefahr besteht, dass Ihr Kind oder andere Schüler wahrscheinlich verletzt werden, wenn Ihr Kind in seiner aktuellen Unterbringung bleibt, kann das IHO die schulische Unterbringung Ihres Kindes in eine IAES für bis zu 45 Schulen ändern Tage.

Wenn ich während des ordnungsgemäßen Verfahrens, der Berufung oder des Gerichtsverfahrens einen Anwalt habe, kann mir die Schule meine Anwaltsgebühren erstatten?

Wenn ein Anwalt Sie während einer Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens vertritt (einschließlich einer Berufung und einer anschließenden Zivilklage), kann Ihnen das Gericht angemessene Anwaltsgebühren zuerkennen, wenn Sie letztendlich obsiegen. Sie haben möglicherweise auch Anspruch auf Zuerkennung von Anwaltsgebühren, wenn Sie die obsiegende Partei sind und im Wesentlichen berechtigt waren, das Vergleichsangebot der Schule abzulehnen. Die Schule kann mit Ihnen oder Ihrem Anwalt über die Höhe der Erstattung verhandeln und gegebenenfalls darüber, wer obsiegt. Wenn durch diese Verhandlungen keine Einigung erzielt wird, können Sie bei einem staatlichen oder bundesstaatlichen Gericht eine Klage auf Beilegung der Meinungsverschiedenheit einreichen.

Die Schule oder das IDOE kann auch verlangen, dass Ihr Anwalt die Anwaltsgebühren der Schule oder des IDOE übernimmt, wenn Ihr Anwalt eine Anhörung beantragt oder eine Folgeklage einreicht, die leichtfertig, unangemessen oder unbegründet ist, oder wenn Ihr Anwalt nach dem Rechtsstreit weiter prozessiert offensichtlich leichtsinnig, unvernünftig oder unbegründet war. Die Schule oder das IDOE können auch verlangen, dass Sie oder Ihr Anwalt die Anwaltsgebühren zahlen, wenn Ihr Antrag auf Anhörung zu einem unangemessenen Zweck gestellt wurde, z. B. um zu belästigen, unnötig zu verzögern oder die Prozesskosten unnötig zu erhöhen.

Eine Klage auf Anwaltskosten muss innerhalb von 30 Kalendertagen nach einer endgültigen Entscheidung, gegen die keine Berufung eingelegt wurde, bei einem Staats- oder Bundesgericht eingereicht werden. Alle zuerkannten Gebühren müssen auf den Sätzen basieren, die in der Gemeinde, in der die Klage oder das Verfahren entstanden ist, für die Art und Qualität der erbrachten Dienstleistungen gelten. Bei der Berechnung der gemäß IDEA und Artikel 7 gewährten Gebühren darf kein Bonus oder Multiplikator verwendet werden.

Das Gericht kann nicht Anwaltskosten zusprechen für:

- erbrachte Dienstleistungen, nachdem die Schule Ihnen rechtzeitig ein schriftliches Vergleichsangebot unterbreitet hat, wenn:
 - die Entlastung, die Sie schließlich erhalten haben, für Sie nicht günstiger ist als das Vergleichsangebot der Schule (es sei denn, Sie waren berechtigt, dieses Vergleichsangebot abzulehnen), und
 - das Angebot innerhalb der in Regel 68 der Bundeszivilprozessordnung vorgeschriebenen Frist oder im Falle eines Verwaltungsverfahrens jederzeit mehr als 10 Tage vor Beginn des Verfahrens erfolgt und das Angebot nicht innerhalb von 10 Tagen angenommen wird;
- jede Sitzung des CCC, es sei denn, die Sitzung wurde aufgrund eines Verwaltungsverfahrens oder einer gerichtlichen Maßnahme einberufen;
- eine Schlichtungssitzung, die vor der Einreichung des Antrags auf ordnungsgemäße Anhörung durchgeführt wurde; oder

- die Teilnahme Ihres Anwalts an der Beschlusssitzung.

Das Gericht kann den zugesprochenen Anwaltshonorarbetrag kürzen, wenn:

- Sie oder Ihr Anwalt haben die endgültige Lösung der Kontroverse unangemessen in die Länge gezogen;
- Die Gebühren übersteigen den in der Gemeinschaft vorherrschenden Stundensatz für ähnliche Dienstleistungen von Anwälten mit vergleichbaren Fähigkeiten, Ansehen und Erfahrung unangemessen;
- Der Zeitaufwand und die erbrachten Rechtsdienstleistungen waren angesichts der Art der Klage oder des Verfahrens übermäßig; oder
- Ihr Anwalt oder Sie haben der Schule im Antrag auf ordnungsgemäße Anhörung keine angemessenen Informationen zur Verfügung gestellt.

Das Gericht darf die Erstattung von Anwaltskosten nicht kürzen, wenn das Gericht feststellt, dass die Schule (oder in einigen Fällen das IDOE) die endgültige Lösung der Klage oder des Verfahrens unangemessen hinausgezögert hat oder dass ein Verstoß gegen diese vorliegt 20 USC 1415.

Appellieren

Wenn Sie mit der schriftlichen Entscheidung des IHO nicht einverstanden sind, können Sie eine Überprüfung der Entscheidung durch ein zuständiges Zivilgericht beantragen. Ihr Antrag auf gerichtliche Überprüfung muss innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt der schriftlichen Entscheidung des IHO eingereicht werden.

Platzierung und Status des Studierenden während des ordnungsgemäßen Verfahrens (Anhörung, Berufung, gerichtliche Überprüfung)

Im Allgemeinen bleibt der Schüler während eines dieser Verfahren in seiner aktuellen Unterbringung, es sei denn, Sie und die Schule einigen sich auf eine andere Unterbringung. Es gibt jedoch diese Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel:

- Betrifft das Verfahren die erstmalige Aufnahme des Schülers in die Schule, wird der Schüler bis zum Abschluss des Verfahrens in der Schule untergebracht, sofern Sie einer solchen Unterbringung zustimmen.
- Wenn das Verfahren eine Meinungsverschiedenheit über die IAES des Schülers beinhaltet, bleibt der Schüler bis zu 45 Schultage in der von der Schule gewählten IAES, bis die Entscheidung des IHO aussteht, es sei denn, Sie und die Schule einigen sich auf eine andere Unterbringung.

RESSOURCEN

Wenn Sie Hilfe beim Verständnis der Mitteilung benötigen oder Fragen zu den Schutzmaßnahmen oder anderen Bestimmungen von Artikel 7 haben, können Sie sich an eine der folgenden Stellen wenden:

Indiana Department of Education

Office of Special Education
Indiana Government Center North 9th Floor,
100 N. Senate Ave.,
Indianapolis, IN 46204
doe.in.gov/specialed
Telephone: 317-232-0570
Fax: 317-232-0589
Toll-free: 1-877-851-4106

Disability Legal Services of Indiana, Inc.

5954 North College Avenue
Indianapolis, IN 46220
www.disabilitylegalservicesindiana.org
Telephone: 317/426-7733

About Special Kids (ASK)

7172 Graham Road, STE 100
Indianapolis, IN 46250
www.aboutspecialkids.org
Telephone: 317-257-8683
Fax: 317-251-7488
Toll-free: 1-800-964-4746 (Voice)
Toll-free: 1-800-831-1131 (TTY)

Indiana Disability Rights

4755 Kingsway Dr, Suite 100
Indianapolis, IN 46205
www.in.gov/idr
Telephone: 317-722-5555
Fax: 317-722-5564
Toll-free: 1-800-622-4845 (Voice)
Toll-free: 1-800-838-1131 (TTY)

The Arc of Indiana

143 W. Market Street
Suite 200
Indianapolis, IN 46204
www.arcind.org
Telephone: 317-977-2375
Fax: 317-977-2385
Toll-free: 1-800-382-9100

IN*SOURCE (Indiana Resource Center for Families with Special Needs)

701 N. Niles Ave, Suite 110
South Bend, IN 46117
www.insource.org
Telephone: 574-234-7101
Fax: 574-234-7279
Toll-free 1-800-332-4433

Joseph Maley Foundation

7128 Lakeview Prkwy W Dr
Indianapolis, IN 46268
www.josephmaley.org
Telephone: 317-432-6657